Nummer 543

Bezugs-Preis: Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9 gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklameteil 6 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein-Kalender Deutsche Lebensvers.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Freitag, 28. November 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Keine neue Verkehrssperre.

Berlin, 27. November.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Nachrichten über eine bevorstehende neue Sperre des gesamten Personenverkehrs sind unbegründet. Die Betriebslage hat sich bereits soweit gebessert, daß eine solche Maßnahme nicht mehr erforderlich ist. Sollte sie sich wieder verschlechtern, so würden etwaige neue Sperrmaßnahmen rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Hörsings Rücktritt.

Wie die „Dena“ von zuständiger Stelle erfährt, hat Hörsing sein Amt infolge des Gegensatzes zwischen ihm und dem Zentrum niedergelegt. Eine Reihe von Zentrumszeitungen hat schon seit langer Zeit einen ununterbrochenen scharfen Kampf gegen Hörsing geführt. Dadurch wurde die Einigkeit unter den deutschen Parteien in Oberschlesien nicht nur gefährdet, sondern sie ging vollkommen in die Brüche. Das hat sich ganz besonders bei den letzten Gemeindewahlen gezeigt. Da Hörsing nun auf den Standpunkt steht, daß Oberschlesien für Deutschland verloren ist, wenn die Einigkeit unter den deutschen Parteien nicht so schnell wie möglich wieder hergestellt wird, so hat er die Konsequenzen daraus gezogen und sein Amt niedergelegt, da er sich nach den Angriffen vom Zentrum für das einzige Hindernis hält, das dieser Einigkeit entgegensteht. Von einem Gegensatz zwischen Hörsing und dem Minister des Innern ist nie die Rede gewesen.

*

\# Es muß betont werden, daß diese Mitteilung aus amtlicher Quelle stammt, eine Tatsache, die um so mehr von Belang ist, als die von uns immer wieder verfochtene Ansicht, Hörsing sei vom oberschlesischen Zentrum gestürzt, ihre amtliche Bestätigung erhält. Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß das oberschlesische Zentrum ebensowenig identisch mit der deutschen Zentrumspartei ist, wie die Kölner Richtung des Herrn Dr. Froberger und seiner lostrennlerischen Gesinnungsgenossen etwas mit der eigentlichen Partei zu tun hat. Daß die Uneinigkeit unter den deutschen Parteien Oberschlesiens durch die Wühlarbeit der dortigen Zentrumspresse hervorgerufen wurde, ist unbestreitbar. Ebenso wenig soll auch die Behauptung, von einem Gegensatz zwischen Hörsing und dem Minister des Innern, sei nie die Rede gewesen, bestritten werden. Was wir in der offiziösen Erklärung vermissen, ist die Mitteilung, warum das Ministerium des Innern seinen Einfluß nicht benutzt hat, um Hörsing gegen das oberschlesische Zentrum zu halten. Die Tatsache, daß man amtlicherseits den Rücktritt des Reichskommissars mit seinem Zwist mit dem Zentrum motiviert, bedeutet das Eingeständnis der Kapitulation der preußischen Regierung vor dem oberschlesischen Zentrum. Man weiß in der Regierung, um was es sich hier handelt: es geht hier nicht allein um die Person Hörsings, nicht allein um den Belagerungszustand (von dem die offiziöse Erklärung kein Wort erwähnt), — es geht um die Erhaltung Oberschlesiens für Deutschland. Auch die „Deutsche Allg. Ztg.“ sah sich gestern im Anschluß an die halbamtliche Meldung von Hörsings Rücktritt genötigt zu bemerken, daß Hörsings Verdienste um die Erhaltung Oberschlesiens nicht unerwähnt bleiben dürften. Man ist sich also „oben“ darüber im klaren, daß Hörsing der Mann ist, der den Kampf bis jetzt mit der nötigen Energie geführt hat. Aber er kann ihn nicht zum siegreichen Ende führen, weil ihm von Berlin aus kein Rückhalt gewährt wird. Die preußische Regierung gibt Hörsing auf und streckt auf die Gefahr hin, den wertvollsten Teil Preußens zu verlieren, die Waffen vor ein paar Fanatikern.

Herr Bitta.

Berlin, 27. November.

In einzelnen Zeitungen war anläßlich der vor kurzem gemeldeten Ernennung des Herrn Bitta bemängelt worden, daß Herr Bitta nur zum stellvertretenden Oberpräsidenten der neu gegründeten Provinz Oberschlesien ernannt worden sei. Herr Bitta ist kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten betraut worden. Eine endgültige Bestallung kann deshalb noch nicht erfolgen, weil der Nachtragsetat für die Provinz Oberschlesien noch nicht von der Volksvertretung bewilligt worden ist und infolgedessen ein etatsmäßiger Oberpräsidentenposten nicht vorhanden ist.

Die Untersuchung über die Vorgeschichte des Krieges.

Der erste Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung (Vorgeschichte des Krieges) trat gestern zu einer Sitzung über seinen Arbeitsplan zusammen, der auch der Vorsitzende des Gesamtausschusses beiwohnte. Man einigte sich auf die Feststellung des Fragebogens für die Zeit zwischen dem Attentat von Serajewo und der Kriegserklärung sowie über die Zuziehung einiger weiterer Sachverständiger. Sodann soll der Fragebogen an die Hauptauskunftspersonen zu einer vorläufig schriftlichen Beantwortung versandt werden, die in kurzer Frist erfolgen soll. Nach dieser Vervollständigung des Arbeitsplanes wird man nächste Woche an den Gesamtausschuß herantreten, um die mündlichen Vernehmungen über jene Zeit Anfang Januar beginnen zu können. Von der Bestellung von Referenten für die öffentlichen Verhandlungen wurde Abstand genommen. Das Anerbieten Dr. Grellings, des Verfassers von „J'accuse!“ als Sachverständiger zu fungieren, wurde einstimmig abgelehnt.

Clemenceau über die Abreise der deutschen Delegation.

Die neue Note der Entente.

Berlin, 27. November.

Der deutschen Regierung ist in Paris am 25. November, abends 8 Uhr, folgende Note zugestellt worden, die infolge der telegraphischen Störung am 26. abends in Berlin eingegangen ist:

Paris, den 22. November 1919.

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 21. November zu bestätigen, worin mitgeteilt wird, daß Herr v. Simson zu Besprechungen mit der deutschen Regierung über die Art und Weise der Inkraftsetzung des Vertrages nach Berlin abgereist ist, und daß für die zu schließenden Abkommen die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung erforderlich ist. Nach dieser Mitteilung muß ich bezweifeln, daß die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages (zu deren Vornahme sich die alliierten und assoziierten Regierungen für den 1. Dezember vorbereitet haben) an diesem Tage stattfinden kann, und zwar infolge der Haltung der deutschen Regierung, die sich schon seit dem 1. November im Besitze der Note der Verbündeten und des ihr beigefügten Protokolls befindet. Eine solche Verzögerung der Ratifikation des Vertrages wäre um so bedauerlicher, als sie Zweifel an der Aufrichtigkeit der Absichten Deutschlands hinsichtlich der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Waffenstillstande und aus dem Friedensvertrage wachrufen könnte. Es dürfte aber im allgemeinen Interesse des deutschen Volkes liegen, daß eine schnelle Inkraftsetzung des Vertrages den Frieden und alle für die ganze Welt damit verbundenen Möglichkeiten der Wiederaufrichtung zurückbringt. Die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls ist insbesondere für den Zeitpunkt der Rückkehr der Kriegsgefangenen nach Deutschland maßgebend.

Ich lege in dieser Hinsicht besonderen Wert darauf, die in Ihrem gestrigen Schreiben wiederholte unrichtige Behauptung zurückzuweisen, daß die französische Regierung ein Versprechen gegeben und nicht gehalten habe. Die Wahrheit ist ganz anders: Am 28. August hat der Oberste Rat den Entwurf einer Erklärung über die Kriegsgefangenen gutgeheißen, wonach der Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages, soweit die Heimschaffung der Kriegsgefangenen in Betracht kommt, vordatiert werden und die Heimschaffung sofort beginnen sollte. Dieser Beschluß ist sofort ausgeführt worden und die Heimschaffung der Kriegsgefangenen hat begonnen. Demgemäß sind die von der britischen, amerikanischen und belgischen Armee gemachten Gefangenen in voller Übereinstimmung mit der französischen Regierung nach Deutschland zurückgeführt worden. Aber die Entscheidung besagte weiter, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik davon abhängen solle, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen. Die Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen zeigt einmal, mit welcher Geduld die Alliierten darauf gewartet haben, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt und stellt ferner fest, daß diese Verpflichtungen von ihm in einer gewissen Anzahl sehr wichtiger Punkte gröblich verletzt worden sind.

Die Folge hiervon konnte nur der Beschluß sein, sich streng an die Bestimmungen des Friedensvertrages zu halten, der die Heimkehr der Kriegsgefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages verknüpft. Die deutsche Regierung hat es in der Hand, daß binnen einer Frist von acht Tagen die endgültige Ratifikation unterzeichnet wird und die Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Es ist dazu nur erforderlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die Art und Weise der praktischen Durchführung der die Gebiete im Osten betreffenden Bestimmungen verständigen, und daß das der Mitteilung vom 1. November beigefügte Protokoll, das die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes, sowie die Strafen für dessen Verletzung festsetzt, ohne neue Einwendungen unterzeichnet wird.

Genehmigen Sie, usw.

gez. G. Clemenceau.

Nachschrift. Den 24. November 1919. Nach der Abfassung des gegenwärtigen Schreibens, dessen Absendung sich nur durch die Abwesenheit des Präsidenten der Friedenskonferenz verzögert hat, ist durch Ihr Schreiben vom 23. November eine neue Tatsache zur Kenntnis des Obersten Rats gebracht worden: Nach Herrn von Simson sind auch die deutschen Sachverständigen abgereist, die vor drei Tagen angekommen waren, um zusammen mit den Kommissionen der Verbündeten alle Fragen der Ausführung des Vertrages hinsichtlich der Arbeit der Verwaltungs-, Abstimmungs- und Grenzkommissionen zu regeln. Den Obersten Rat hat die Abreise der Delegierten lebhaft überrascht. Er kann darin nur ein Zeichen dafür erblicken, daß Deutschland die Vereinbarungen, die dem endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunde des Friedensvertrages notwendigerweise vorausgehen müssen, noch weiter verzögern will. Diese Tatsache hat sehr bedauerliche Zweifel an den Absichten der deutschen Regierung hervorgerufen. Der Oberste Rat wünscht binnen kürzester Frist in dieser Hinsicht Klarheit zu erhalten, und überläßt der deutschen Regierung die volle Verantwortung für die von ihr verursachte Verzögerung der Wiederherstellung des Friedensvertrages.

gez. G. Clemenceau.

* * *

Zu dieser Note wird von maßgebender Stelle bemerkt:

Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note gekreuzt. Es zeigt, daß der französischen Regierung, im schroffen Gegensatz zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente, nun doch eingefallen ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Heimsendung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, die sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichteinhaltung deutscher Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche nicht eingehaltenen Bedingungen es sich hier handeln kann. Dabei muß alles ausscheiden, was vor dem 18. September liegt, denn an diesem Tage ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa Flow-Sache weg, ebenso wie die baltische Frage ausscheiden muß, da der Bericht der unter Führung des Generals Niessel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die spärlichen, bei dem beispiellosen Umfang der laut Waffenstillstand zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für den Widerruf einer von Frankreich gegen erhebliche deutsche Leistungen vertraglich übernommenen Verpflichtung dienen können.

Nun wird in der neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkauft werden, und zwar für die Auslieferung der Bagger, Docks und Krane, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben kaum geben kann. Aber mehr noch. Um sie zurückzubekommen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wodurch die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und anderen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet eine Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß, gerade so wie heute, unter diesen Zwangsmaßnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenen-Transporte zu verstehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung einen letzten wertvollen Teil des deutschen Volksvermögens verschleudert, durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage, und nach den zweimal nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das dritte Mal sich nicht auf solch einen unsicheren Rechtsboden begeben, um so weniger, als gerade heute die Nachricht aus Paris kommt, Herr Clemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgegeben werden sollen, wenn 900000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbau-Gebiet eingetroffen seien.

Lersner an Dutasta.

Berlin, 27. November.

Das Schreiben, das Herr von Lersner an den Generalsekretär der Friedenskonferenz, Herrn Dutasta, anläßlich der Abreise des Herrn von Simson gerichtet hat, und auf das in der neuesten französischen Note Bezug genommen wird, hat folgenden Wortlaut:

Herr Generalsekretär!

Da Eure Exzellenz nicht in der Lage war, mich heute zu empfangen, möchte ich nicht verfehlen, Ihnen schriftlich den Grund meines Besuches zu übermitteln.

Durch die gestrige Unterredung hat Herr Ministerialdirektor von Simson die Überzeugung gewonnen, daß er vor weiterer Beratung über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages mündlich in Berlin der deutschen Regierung berichten muß, um so mehr als für die hiesigen Abmachungen die Zustimmung der Deutschen Nationalversammlung nötig ist. Er wird sich daher morgen Abend nach Berlin begeben.

Ich bin ferner gezwungen, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich mit allem Nachdruck dagegen Einspruch erhebe, daß die Frage der Heimbeförderung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erneut in Verbindung gebracht wird. Durch die Erklärung der alliierten und assoziierten Regierungen ist diese Frage von der Inkraftsetzung losgelöst worden. Wenn dieses Versprechen nicht mehr Geltung haben sollte, würde jetzt auch das jetzige, neu in Aussicht gestellte Versprechen der französischen Regierung der öffentlichen Meinung in Deutschland keine Sicherheit geben.

Schließlich möchte ich nicht unterlassen, auf den beiliegenden Artikel der heutigen „Presse de Paris“ über die Auslieferungsfrage hinzuweisen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Freiher von Lersner.

Krisenhausse.

Die infolge der Meinungsverschiedenheiten über das Betriebsrätegesetz entstandene, und noch immer nicht behobene Zuspitzung der inneren Lage ist widerrechtlich und künstlich als Regierungskrise „aufgezogen“ worden, und hat soviel Beunruhigung geschaffen und Schaden gestiftet, daß dazu einige grundsätzliche Bemerkungen erlaubt scheinen. Im Auslande, wo Parlamentarismus und parlamentarisches Regime keine funkelnagelneue Errungenschaft ist wie bei uns, muß man eine ganz falsche Vorstellung von dem erhalten haben, was bei uns vorgeht, und jedenfalls ist das eine sicher, daß jenseits der deutschen Grenzen das Vertrauen in eine allmähliche Festigung der politischen Verhältnisse bei uns zum mindesten keine Stärkung erfahren hat.

Was wir erlebten, war ein Durcheinander und Gegeneinander von Regierung, Parteien und Presse, war ein regelloser Kampf von Anschauungen und Überzeugungen, in dem nirgends ein höherer Gesichtspunkt aus dem Tag in die Zukunft hinüberleitete, denn selbst die starke Parole, mit der die Deutsch-Demokraten fochten, ging im Wust der Krisenkommentare unter. Was übrig bleibt, ist das Gefühl, daß die „große Stunde“ wieder einmal ein „kleines Geschlecht“ gefunden hat, ist eine allseitige Enttäuschung, und damit ist ein Moment latenter Neigung hervorgerufen worden, das sich schon jetzt in den Verhandlungen über das Kompromiß hemmend bemerkbar macht, und einem neuen Konflikt geradezu den Weg ebnet. Und bei alledem ist unsere außenpolitische Lage so gespannt wie nie zuvor. Der Ausfall der Wahlen in Frankreich, die tägliche Note, die uns Herr Clemenceau schickt, sprechen eine deutliche Sprache. Wenn Deutschland bestehen soll, so braucht es all seine geschwächten Kräfte für die unvermeidbaren Krisen, es kann auf die eigens für den Privatgebrauch gemachten verzichten.

Es scheint, als ob die Sozialdemokratie für solche Einsicht nicht zu haben ist. Sie hat bisher so oft den Deutschnationalen den Vorwurf gemacht, daß sie die beginnende Konsolidierung gefährdeten, daß sie jetzt Lust verspürt, ihn sich selbst auch einmal zu verdienen.

Um reiner Parteigeschäfte willen hat sie die „Regierungskrise“ direkt plakatiert, da sonst niemand darauf gekommen wäre. Man erinnere sich, daß es eine mehrheitssozialistische parteioffiziöse Korrespondenz war, die zu einer Zeit, als noch niemand böses ahnte, den Austritt der Demokraten aus der Regierung ankündigte. Leider fand sich sofort das Zentrum, das wieder einmal besondere Absichten verfolgte, bereit, den Mehrheitssozialisten Sekundantenhilfe zu leisten. So wurde eine Situation geschaffen, in der die Demokraten von Anbeginn auf einem ungemein schwierigen Posten kämpften. Denn die beiden anderen Parteien fochten mit dem Blick auf die kommende Wahlschlacht, den Deutsch-Demokraten aber lag zunächst erst noch die „kleine Aufgabe“ ob, die deutsche Industrie vor dem Tod durch Erwürgen zu bewahren. Und hier wird offenbar, inwiefern auch die Deutsch-Demokraten zu ihrem Teil schuld geworden sind. Sie haben sich überrumpeln lassen, anstatt das Prävenire zu spielen. Zweierlei war möglich: man mußte entweder rechtzeitig der Sozialdemokratie den Kampf aufzwingen, indem man sich ihren Standpunkt von der Notwendigkeit der Durchführung des Betriebsrätegesetzes agitatorisch und polemisch zu eigen machte, um dann auf dieser strategischen Basis die sinn- und vernunftgemäße Ausgestaltung des Entwurfs durchzusetzen, oder man mußte von vornherein ein starres Principiis obsta! formulieren. Beides ist nicht geschehen, weil man die Taktik des Gegners erst durchschaute als es zu spät war.

Die Sozialdemokraten haben bei der ganzen Sache nur den einen Gedanken, aus ihr Kapital im Kampfe gegen die Unabhängigen zu schlagen. Sie verneinen, weil es zur Abwechslung jetzt einmal ihnen so paßt, alle Pflichten und Rücksichten, die ihnen ihr Charakter als (noch dazu führende) Regierungspartei auferlegt. Im schroffsten Gegensatz zu allen Voraussetzungen parlamentarischen Herkommens setzen sie sich darüber hinweg, daß das Wesen einer Koalitionsregierung eine Politik des Kompromisses, des billigen Ausgleichs widerstreitender Wünsche und Ansichten ist. Und so haben sie in der Betriebsrätefrage von Anfang dekretiert: so wollen wir es — und so geschieht es! Es liegt hier ein Fall politischer Vergewaltigung vor, wie er in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus noch nicht dagewesen ist, und wie er wohl auch anderswo in der Welt in gleicher Unerfreulichkeit kaum vorgekommen sein dürfte. Systematisch wurde alles so eingerichtet, daß es nach außen den Anschein gewinnen mußte, als ob die Sozialdemokraten einen ruhmvollen Kampf um höchste Lebensinteressen der Arbeiterschaft gegen den starren „Herrenwillen der besitzenden Klassen“ führe, während doch von den bürgerlichen Parteien tatsächlich Entgegenkommen über alles Maß hinaus bekundet worden ist. Das Zentrum dankte zwar insgeheim den Demokraten für ihre Bemühungen, die akute Lebensgefahr für Industrie, Handel und Gewerbe zu beseitigen, es hatte aber doch äußerlich den Widerstand schon im Beginn aufgegeben. Und die Demokraten setzten selbstverständlich sogar die Existenz ihrer Partei und Zukunft aufs Spiel, um das Äußerste zu vermeiden. Und das Ergebnis? Daß man heute anscheinend wieder genau da steht, wo man vorgestern war. Die Sozialdemokraten verleugnen in den interfraktionellen Besprechungen ihre erste Erklärung, daß der demokratische Vermittlungsvorschlag eine „geeignete Grundlage für eine Einigung“ biete. Sie stellen jetzt dem Zentrum ein Ultimatum. Es soll „Farbe bekennen“ und sich klipp und klar für die restlose Annahme ihrer Bedingungen erklärne. Die „Krise“ ist tot — es lebe die Krise!

Es liegt auf der Hand, daß so keine Politik gemacht werden kann und darf. Wohin geraten wir,

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Freitag, d. 28. November.

Opernhaus. 7½ Uhr: III. Sinfonie-Konzert.

Schauspielhaus. 261. Abonnem.-Vorstellung. 6½ U.: Maria Stuart.

Direkt.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater.** 7½ Uhr: Wie es euch gefällt.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Gespenstersonate.

Großes Schauspielhaus. 7½ Uhr: Zum 1. Mal: Orestie.

Dir.: Victor Barnowsky. **Lessing-Theater.** 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Th. 7½ Uhr: Cyprienne.

Dir. Meinhard-Bernauer **Theater i. d. Königgr. Str.** 7 Uhr: Ein Traumspiel.

Komödienhaus. ½8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater. 7¹⁰ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.

Residenz-Theater. 7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus. 7 U.: D. lust. Weiber v. Winds.

Die Tribüne. 7½ Uhr: Die Wandlung.

Eden-Theater. Alte Jakobstr. 30. 7¼ Uhr: „U. A. w. g.“ Stg. 3 U.: Prinzessin v. Nil.

Fried. Wilhelmst. Theater. 7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater. 7½ U.: Die Neuvermählten. Hierauf: Kinder-Ballett d. Balletm. Mary Zimmermann.

Kl. Schauspielhaus. 7½ Uhr: Albine u. Aujust oder: Freut Euch d. Leb.

Komische Oper. 7½ Uhr: Liebeszauber. Stg. 3¾: Schwarzwaldmäd.

Lustspielhaus. Arnold Rieck in 7¾ U.: D. Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Sybill. Stg. 3 Uhr: Charleys Tante m. Thielscher.

Neues Operettenhaus. 7½ Uhr: D. Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl. 7½ U.: Der Bund der Jugend.

Thalia-Theater. 7 Uhr: Zum 1. Male: Die närrische Liebe

Theater a. Nollendorfpl. 3¼: D. beid. Klingsberg. 7¼ Uhr: Der Vielgeliebte

wenn das „Dogma von der reitendne Extratour" zum Axiom der inneren Politik wird! Bisher haben wir doch wohl noch immer keine sozialistische Mehrheit in Deutschland. Es wäre allerdings an den bürgerlichen Parteien gewesen, das den Sozialdemokraten frühzeitig genug in die Erinnerung zurückzurufen und genügend zu verdeutlichen. Dann wäre ihr rechtzeitig klar geworden, daß auf sie gegebenenfalls auch alle Verantwortung fallen werde. So glaubt sie sicherlich auch jetzt noch, daß das Pflichtgefühl der anderen schon im letzten Augenblick das äußerste vermeiden werde. Auf diese Weise rächt es sich nicht zuletzt gerade wieder an den Demokraten, daß die Gelegenheit versäumt worden ist, die sich für eines Gedankens Länge für eine Plattform gegen die regierende sozialdemokratische Fronde bot. Aber Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen, sondern auch eine Gabe kluger Voraussicht.

Stbn.

Neue Zuspitzung?

Berlin, 27. November.

Die Sozialdemokraten beschlossen, wie die „P. P. N." mitteilen, in der heutigen Sitzung des Ausschusses eine klare Stellungnahme des Zentrums zu verlangen, da sie nicht weiter in der Lage sind, eine Aufschiebung zu verantworten. Das Zentrum hat bisher erklärt, die Verantwortung ohne Mitverantwortung der Demokraten nicht tragen zu können. Die Zentrumsabgeordneten werden sich nun trotzdem schlüssig werden müssen. Der strittige Punkt über die Aufsichtsräte ist bereits entsprechend den Forderungen der Sozialdemokraten erledigt worden. Es handelt sich nur noch um die Bilanzeinsicht. Sollte es morgen zu keiner Beschlußfassung oder zu einer Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung in diesem Punkte kommen, so könnten daraus die größten Konsequenzen erwachsen.

•

Im Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz fand in Fortsetzung der Beratung eine längere Debatte statt bei Art. 51, der das Strafverfahren regelt, falls der Arbeitgeber und Betriebsräte gegen die Bestimmungen des Gesetzes verstoßen. Die Strafen betragen bei Arbeitgebern bis 2000 M Geldstrafe oder Haft, bei Arbeitnehmern bis 1500 M oder Haft. Bei besonderen Umständen kann auch eine schärfere Strafe verhängt werden. Die Sozialdemokraten hatten folgenden Antrag eingebracht: „Mit Gefängnis werden Arbeitgeber oder ihre Vertreter bestraft, die absichtlich oder grobfahrlässig den Betriebsrat oder seinen Verteter in den Fällen, in denen sie nach diesem Gesetz zur Auskunft verpflichtet sind, falsche Auskunft geben." Gegen diesen Antrag wandten sich wegen seiner unübersehbaren Folgen alle übrigen Parteien und die Vertreter des Reichsjustizministeriums. Hierauf wurde der Antrag bis zur zweiten Lesung zurückgezogen. Die Abstimmung über Art. 51 wurde ausgesetzt, bis die Befugnisse der Betriebsräte endgültig geregelt sind. Art. 52 (Gleichstellung der Österreicher mit den Reichsangehörigen, wurde mit Rücksicht auf den Friedensvertrag gestrichen, und hierauf der Rest des Gesetzes, wie schon gemeldet, mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie gegen das Kompromiß.

Berlin, 27. November.

Zu dem parteipolitischen Kompromiß über das Betriebsrätegesetz nahm am 26. November das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie Stellung. Einmütig wurde das angekündigte Kompromiß der Regierungsparteien als schwerste Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bezeichnet. Die ernsten und begründeten Bedenken der deutschen Arbeitgeber, vor allem gegen den Zwang zur Bilanzvorlegung, gegen den Eintritt der Betriebsräte in den Aufsichtsrat und gegen das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen müssen unbedingt berücksichtigt werden. In dem angekündigten Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte kann die Industrie keineswegs einen Ausgleich für die Gefahren des Kompromisses erblicken. Der Versuch, die Interessen der kleinen Betriebe unter Opferung der größeren Betriebe von von den Gesamtinteressen der Industrie abzusondern, wird mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Industrie ist in der Ablehnung der Bilanzvorlegung solidarisch. Der Reichsverband beschloß, seine Mitglieder zum 11. Dezember zu einer gemeinsamen Protestkundgebung nach Berlin zusammenzurufen.

Deutsche Hilfe für Oesterreich.

TU Berlin, 27. November.

Wie zuverlässig verlautet, hat das Reichskabinett eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Zunächst kommen für den Monat Dezember von jeder Brotkarte in Deutschland 50 Gramm zum Abzug und die Gesamtersparnis von 2 Millionen Kilogramm in der Woche soll den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Parteien der Nationalversammlung haben zu dieser Aktion ihre Zustimmung erteilt, mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar auch damit einverstanden sind, daß de rStadt Wien ein solches Mehlquantum zur Verfügung gestellt wird ,jedoch keinen Abzug von der Brotkarte zulassen wollten. Nach Übereinstimmung aller zuständigen Instanzen würde in diesem Falle die Lieferung einer solchen Mehlmenge unmöglich sein. Sämtliche Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, haben einen, ihrem Standunkt entsprechenden Initiativantrag der Nationalversammlung überreicht. Daneben wird eine weitere Hilfsaktion durch Sammlungen unter Führung der Reichsregierung durchgeführt.

Konflikt in der Bayerischen Volkspartei.

Berlin, 27. November.

Der Abg. Dr. Heim ist mit seinen Kollegen von der Bayerischen Volkspartei in Konflikt gekommen, indem er ihnen vorwarf, sie hätten gewissermaßen durch ihre Zustimmung zur Reichsverfassung bayerischen Landesverrat geübt. Dagegen haben nun durch einmütigen Beschluß am 25. November die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei in der Deutschen Nationalversammlung schärfste Verwahrung eingelegt. Die Landesvorstandschaft der Partei in München wurde dabei ersucht, ihnen, gen Abgeordneten, vor dem Landesausschuß oder einem Parteitag Gelegenheit zur Stellungnahme gegen die bezeichneten Angriffe zu geben.

Unser heutiges Heer.

Von

Hauptmann **Hans Wilhelm Fell.**

Der große Umschmelzungsprozeß unserer Wehrmacht nähert sich seinem Ende, das er im April 1920 erreicht haben wird. Steinig und steil war der Weg von der ruhmreichen alten Armee zu dem kaum den dringendsten Forderungen genügenden kleinen Heer, das uns der Friedensvertrag von Versailles beläßt. Seine einzelnen Etappen sind bezeichnet durch den Zusammenbruch des verlorenen Krieges und das wüste Chaos der anschließenden militärischen Selbstauflösung — die mühselige, tropfenweise Herauskristallisierung einzelner brauchbarer Truppenkörper aus der brodelnden Masse und die Zusammenfassung dieser verschiedenartigen und verschiedenwertigen Freikorps in der Reichswehr — und endlich den allmählichen Ab- und Umbau der Reichswehr auf den Stand des uns zunächst noch bewilligten 200 000 Mann-Heeres, das bis zum 1. April 1920 weiter auf die vertragsmäßigen 100 000 Mann verkleinert werden muß.

Zur Zeit ist die Umformierung der Wehrmacht soweit gefördert, daß die endgültige Gestaltung sich bereits abzuheben beginnt und daß ein gewisser fester Zustand erreicht ist. Immer noch aber geht doch Altes, Vorläufiges und Dauerndes nebeneinander her und ineinander über. Das muß bei der Betrachtung unserer heutigen militärischen Zustände scharf beachtet werden.

An der Spitze der Wehrmacht steht verfassungsmäßig der Reichspräsident, unter ihm der Reichswehrminister, der die politische Verantwortung für alle Angelegenheiten des Heeres und der Flotte trägt. Ihm unterstellt sind die Chefs der Heeresleitung und der Admiralität, die die Befehlsgewalt nach den Anweisungen des Ministers ausüben, ohne aber politisch verantwortlich zu sein. Die ausführenden Behörden sind der persönliche Stab des Ministers, die Fürsorgeabteilung und das Reichswehrministerium.

Die Reichswehr ist heute in vier Reichswehrgruppenkommandos eingeteilt (Berlin, Kassel, Kolberg, München), von denen am 1. 4. 20 wahrscheinlich zwei (Berlin und München) erhalten bleiben. Sie umfassen je 1—2 Wehrkreiskommandos, die wieder je 1—2 Reichswehrbrigaden enthalten. Jeder Reichswehrbrigade unterstehen ein Infanterie- und ein Artillerieführer.

Nach Befehlsbefugnis und Amtsbereich kann man, entsprechend der alten Armee, gleichstellen

die Reichswehrgruppenkommandos den Armee-Inspektionen,
die Wehrkreiskommandos den Generalkommandos,
die Reichswehrbrigaden den Divisionen,
die Infanterie- und Artillerieführer den Brigaden.

Die Reichswehrbrigade ist heute die höchste geschlossene militärische Einheit. Sie besteht aus

2 Infanterie-Regimentern und einer Radfahrer-Kompagnie,
1—2 Kavallerie-Regimentern,
1 leichten Artillerie-Regiment,
1 Minenwerfer-Batterie,
1 Pionier-Bataillon und

einer sehr reichlichen Zahl technischer Formationen.

Das gegenwärtige Heer zählt also im ganzen

56 Infanterie- oder Schützenregimenter zu je 3 Infanterie-Bataillonen (3 Inf. und 1 M.-G.-Komp.), 1 Minenwerferkomp., 1 Nachrichtenkomp., 1 Infanterie-Geschützbatterie,

22 Kavallerie-Regimenter (Einheitsbezeichnung!) zu je 1—5 Eskadrons und eine M.-G.-Abt.,

19 Leichte Artillerie-Regimenter (schwere Artillerie ist nach dem Friedensvertrag verboten!) zu je 1—4 Abteilungen (3—4 Batterien), 1 Leichten Munitionskolonne und 1 Minenwerfer-Batterie,

21 Pionierbataillone zu je 2 Komp.,

121 Formationen der Nachrichten- und technischen Truppen,

204 Formationen der Verkehrstruppen und des Trains,

20 Sanitätskompagnien.

Auffallend ist zunächst die ganz unverhältnismäßig hohe Zahl der Reiterei im Verhältnis zur Infanterie, die besonders nach den Erfahrungen des Krieges verwunderlich erscheinen muß. Die Erklärung finden wir im Friedensvertrag, der uns außer 7 Infanterie- 3 Kavallerie-Divisionen vorschreibt. Das ist natürlich nur ein wohlausgedachtes Mittel, die Kampfkraft selbst des winzigen gestatteten Heeres noch weiter herabzusetzen.

Die sehr umfangreiche Zuteilung von technischen und Verkehrstruppen ist in den besonderen Aufgaben begründet, die leider wohl in den nächsten Jahren das hauptsächlichste Tätigkeitsgebiet des Heeres darstellen werden: Eingreifen und Hilfeleistung bei inneren und wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die kleine Söldnertruppe der deutschen Republik wird es nicht leicht haben in der schweren Zeit, die vor unserem Volke liegt. Auf ihrer Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit beruht zum sehr großen Teil unsere Hoffnung auf allmählichen Wiederaufstieg und Gesundung unserer inneren Verhältnisse. Was ihr an Zahl abgeht, muß sie durch um so größeren moralischen Wert ersetzen. Es wird eine Hauptaufgabe der leitenden militärischen Stellen sein müssen, den Dienst im Heere materiell, dienstlich und vor allem in bezug auf Lern- und Weiterbildungsmöglichkeiten so zu gestalten, daß es gelingt, wirklich wertvollen Elementen den Eintritt in die Reichswehr erstrebenswert zu machen und sie während der langen Dienstzeit auf hoher sittlicher Stufe zu halten.

Die Zollgrenze im Westen.

Köln, 27. November.

Eine Zuschrift des Reichsfinanzministers an die „Kölnische Zeitung" betont von Neuem, daß die Zollgrenze nicht an der Ostgrenze des besetzten Gebiets, also am Rhein, sondern an der neuen westlichen Reichsgrenze liege.

Grenzregulierungen preußischer Provinzen.

Berlin, 27. November.

In verschiedenen Kreisen der Bevölkerung der Provinz Hannover und des Hessisch-Nassauischen Regierungsbezirkes Kassel hat sich in der letzten Zeit, wie aus Kundgebungen der deutsch-hannoverschen Partei und ihrer Presse, sowie des hessischen Volksbundes hervorgeht, die Befürchtung gezeigt, daß in Berlin vom grünen Tische her eine Abmeißelung einzelner Teile dieser Provinz resp. dieses Bezirkes vorbereitet werden könne, die nicht genügend Rücksicht auf die Wünsche und Stimmungen jener Gebiete nehme. Hierzu ist zu sagen, daß lediglich der Staatskommissar für die vorbereitende Verwaltungsreform in seinen zunächst vertraulichen gutachtlichen Arbeiten die Frage aufgeworfen hatte, ob und inwieweit sich grundsätzlich die Umgruppierung kleiner Grenzgebiete im Interesse der Arrondierung zersplitterter Provinzgrenzen empfehle. Das Ministerium des Innern und erst recht das Staatsministerium haben sich aber mit diesen Erwägungen noch gar nicht befaßt. Es wird auf das Bestimmteste erklärt, daß, wenn es überhaupt jemals im Schoße der preußischen Staatsregierung zu Erörterungen über diese Fragen kommen sollte, die ganzen Beratungen lediglich von dem Gesichtspunkt ausgehen werden, nur Beschlüsse zu fassen, wie sie dem ausdrücklichen Wunsche der Bevölkerung jener Gebiete entsprechen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß ohne ihr Einvernehmen oder gar gegen ihren Willen irgend ein auf diesen ganzen Fragenkomplex bezüglicher Beschluß gefaßt wird.

Ausbau des Kaufmannsgerichtsgesetzes.

TU Berlin, 27. November.

Die Bestimmungen des Kaufmannsgerichtsgesetzes haben sich schon seit längrer Zeit in einer ganzen Reihe von Punkten als abänderungsbedürftig erwiesen, weil sie teils mit dem freiheitlichen Anschauungen der Gegenwart, teils mit den durch die Teuerung geschaffenen Verhältnissen im Widerspruch stehen. Da in allernächster Zeit zum ersten Male nach Kriegsausbruch die Wahlen der Beisitzer vorgenommen werden müssen, so erscheint es dringend geboten, die veralteten Bestimmungen durch solche zeitgemäßeren Inhaltes zu ersetzen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) hat daher an das Reichsjustizministerium das Ersuchen gerichtet, unverzüglich im Verordnungswege die bisherigen Beschränkungen der Zuständigkeit auf Angestellte mit einem Einkommen bis 5000 Mark aufzuheben und allen kaufmännischen Angestellten einschließlich der Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken die Vorteile der billigen, sachverständigen und schnellen Rechtsprechung zu sichern. Ferner tritt der G. d. A. in seiner Eingabe dafür ein, daß das aktive und passive Wahlrecht auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt und auf die Frauen ausgedehnt werden soll. Entsprechend der verringerten Kaufkraft des Geldes wird weiter die Heraufsetzung der Berufungssumme von 300 Mark auf 1000 Mark gefordert. Schließlich wird eine Erweiterung der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit in der Form angeregt, daß für jeden unteren Verwaltungsbezirk mindestens ein Bezirkskaufmannsgericht zu bilden ist, dem die Entscheidung aller Streitigkeiten zu übertragen sein würde, die auf das kaufmännische Dienst- und Lehrverhältnis Bezug haben.

Wie Tisza ermordet wurde.

Ow Budapest, 27. November.

Der Mord an dem Grafen Tisza ist nunmehr vollkommen aufgeklärt. Der Student Sztankovanszky und der Soldatenrat Hauptmann Hüttner haben ein volles Geständnis abgelegt. Der Beschluß, Tisza zu ermorden, wurde im Soldatenrat gefaßt. Am 30. Oktober haben die Mörder in einem Fechtsaale eine Generalprobe des Mordes abgehalten. Bei der Durchführung der Tat begaben sie sich unter Führung des Journalisten Köri und des späteren Volkskommissars Pogany mit zwei Automobilen zur Villa des Grafen, während Hauptmann Hüttner in das Tor und der Vorsitzende des Soldatenrates, Csernyak, im Hofe Wacht standen, begaben sich Pogany, Sztankovansky, Stefan Dobo und der Soldat Horvath in die Villa, wo sie den Grafen nach einem kurzen Wortwechsel mit drei Schüssen niedergestreckt haben. Er lag bereits zu Boden, als Horvath noch einen Schuß auf ihn abfeuerte. Die Polizei fahndet jetzt nach den anderen geistigen Urhebern der Tat, deren Namen ebenfalls bekannt sind, doch im Interesse der Untersuchung geheimgehalten werden.

Das Programm des Vatikans.

TU Amsterdam, 27. November.

Der Korrespondent des „Handelsblad" in Rom meldet über das Programm des Vatikans, daß der „Osservatore Romano" bekanntgibt, daß am Montag, den 15. Dezember, ein Geheimkonsistorium stattfindet, und daß das öffentliche Konsistorium am Donnerstag darauf zusammentreten soll. Die sieben folgenden Prälaten werden zum Kardinal erhoben werden: Monsignore Camassel, Patriarch von Jerusalem; Monsignore Sili, Unterschatzmeister des Heiligen Stuhles; Monsignore Wolfre di Binze, Nuntius in Wien; weiter die Erzbischöfe von Saragossa, Warschau, Posen und Breslau. Auffallend ist, daß der Heilige Stuhl der Nuntiatur in Wien weiter den allerhöchsten Rang zuerkennt, wie es vor dem Kriege war. Die Ernennung der Erzbischöfe von Posen und von Schlesien hat zweifellos eine politische Nebenbedeutung. Viel bemerkt wird die Tatsache, daß noch kein süd-, nord- und westdeutscher Prälat den Purpur bekommen hat. Man erwartet daß die päpstliche Ansprache an das Konsistorium auch von internationaler und politischer Bedeutung sein wird.

Der Kampf gegen Schmutz und Schund.

Der Abteilung für Jugendwohlfahrt im Wohlfahrtsministerium ist die Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild übertragen worden. Als Referent dafür tritt Prof. Dr. Brunner ins Wohlfahrtsministerium über. Seine bisherige Tätigkeit als literarischer und pädagogischer Sachverständiger des Berliner Polizeipräsidiums behält er bei.

Kleine Nachrichten.

Der Chefredakteur des „Tag", Paul Marx, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse, ist gestern gestorben.

•

Die Ablieferung der deutschen Petroleumschiffe an England hat begonnen. Von der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft ist das Tankschiff „Loki" nach dem Firthof Forth von Hamburg hinaus gegangen.

•

Stambulinski hat den Friedensvertrag mit Bulgarien gestern vormittag unterzeichnet.

•

Wie das römische Amtsblatt meldet, ist Konteradmiral Grassi als Delegierter Italiens in der Marineabteilung des Völkerbundes bestimmt.

•

Im Auftrage des Herrn Georg Sklarz teilt Justizrat Werthauer mit, daß er gegen den Inhaber der Korrespondenz, die die bekannten Anschuldigungen gegen Sklarz verbreitet hat, Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung gestellt hat.

Das Friedmannsche Tuberkulosemittel.

Preußische Landesversammlung.

85. Sitzung, Donnerstag, 27. November.

Am Regierungstisch: Hirsch, Haenisch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Min.

Das Friedmannsche Tubrkulosemittel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die förmliche Anfrage des Abg. Dr. Brackmann (Zentr.) wegen Förderung der allgemeinen Anwendung des Friedmannschen Tuberkulose-Heilmittels.

Die Regierung erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. **Dr. Brackmann** (Zentr.): Das Friedmannsche Heilmittel hat sich hervorragend bewährt. Urteile über die Persönlichkeit Friedmann dürfen nicht mitsprechen. Das Mittel ist unschädlich und vermag die Tuberkulose selbst vorgeschrittener Fälle u heilen. Die Medizinalbehörde hat dem Mittel nicht die wünschenswert Aufmerksamkit zugewendet.

Ministrialdirektor **Gottstein:** Die Medizinalverwaltung hat dem Friedmannschen Verfahren dauernd ohne Voreingenommenheit gegenübergestanden, ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß ein sicheres Urteil über den Wert des Mittels noch nicht abgegeben werden kann. Professor Friedmann erschwert die Prüfung außerordentlich dadurch, daß er die Abgabe des Mittels an Ärzte an eine Reihe von Bedingungen knüpft; besonders hält er sich die Auswahl der Patienten vor. Ein Angebot, ihm in der Lungenheilstätte Beelitz eine Krankenabteilung zur freien Verfügung zu stellen, hat er abgelehnt. Schwierigkeiten werden Professor Friedmann nicht gemacht. Die Behauptung, daß die Sterblichkeitsziffer von 56000 vor dem Kriege jetzt auf 300000 gestiegen sei, trifft nicht zu, allerdings ist unstreitig, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose stark in die Höhe gegangen ist. Genaue Feststellungen und Prüfungen bedürfen der Zeit und genauer Untersuchungen.

Abg. **Graef**-Frankfurt (Soz.): Freilich muß die Medizinalverwaltung vorsichtig sein, um nicht in den Verdacht zu kommen, eine Richtung der Wissenschaft einseitig zu fördern. Wenn man aber das erschreckliche Anwachsen der Krankheit sich vor Augen hält, dann muß man sagen, daß unbedingt etwas zu geschehen hat, um dem Einhalt zu tun. Geschieht das nicht, dann verlangt das Volk einfach die Anwendung des Mittels, und es macht der Regierung aus der Nichtförderung des Mittels Vorwürfe. Jedenfalls haben sich Autoritäten für das Mittel eingesetzt und auch die Erfahrungen ausländischer Ärzte sind glänzend. In den Streit um das Heilmittel darf sich aber die Regierung nicht einmischen. Heutzutage tun freilich die Professoren das Gegenteil von dem, was die Regierung will. Das zeigt der Fall in Marburg. Ein Allheilmittel für Tuberkulose gibt es nicht; wir treten für leidenschaftslose Prüfung des Friedmannschen Mittels ein. (Lebhafter Beifall b. d .Soz.)

Abg. Dr. **Schloßmann** (Dem.): Friedmanns Mittel verdankt die Aufmerksamkeit, die man ihm zuwendet, einer in der Geschichte der Medizin beispiellos dastehenden Reklame. Selbst den Amerikanern ist die Reklame auf die Nerven gefallen. Die erzielten Maßerfolge erfüllen uns mit Mißtrauen. Es sind Schädigungen durch das Mittel festgestellt worden. Das wirksamste Heilmittel gegen die Tuberkulose ist Sonne, Luft und Licht. Der vom „Acht-Uhr-Abendblatt" angegriffene Professor Roepke ist eine erste Autorität; er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Friedmannsche Mittel Einfluß auf die Tuberkulose nicht besitzt. Dem von Professor Friedmann verlangten Vorbedingungen für die Abgabe des Mittels kann sich ein Arzt nur mit großer Selbstüberwindung unterwerfen; ich bringe eine solche nicht auf und auch die Mehrzahl der deutschen Kliniker nicht. Aus einer Reihe von Fällen geht hervor, daß Professor Friedmann für eine Einspritzung 500 oder 600 Mark verlangt hat und sich nur bei Bedürftigkeit zu niedrigeren Preisen bestimmen ließ. Ich betone, ich nehme ein gutes Heilmittel aus der Hand selbst des Dr. Friedmann. Denn die erste Aufgabe der ärztlichen Wissenschaft ist die Hebung der Volksgesundheit, nicht aber besteht sie darin, Geldgeschäfte zu machen. (Sehr gut!) Ergibt die Prüfung einer Kommission, daß sich das Mittel bewährt, so muß es der Allgemeinhei tzugeführt werden, denn diese und nicht ein Einzelner muß den Nutzen davon haben. (Lebhafter Beifall.)

Minister Haenisch:

Auch ich bin der Ansicht, daß ein Heilmittel gegen eine verheerende Seuche nicht zum Gegenstand kommerzieller Ausnutzung gemacht werden darf, sondern der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden muß. Hier muß jede Parteileidenschaft und Preßleidenschaft unterbleiben, wenn ich Dr. Friedmann zum außerordentlichen Professor ernannt und ihm einen Lehrauftrag erteilt habe, so ist mir das als einem Anhänger der naturgemäßen Lebens- und Heilweise besonders schwer gefallen. Ich mußte aber gegenüber einer so verheerenden Krankheit mein persönliches Urteil zurückzustellen, wenn ich mir sagte, daß es vielleicht doch das Heilmittel gegen die Tuberkulose ist. Die Person des Herrn Friedmann scheide ich aus, halte es aber für meine Pflicht, ihn, der sich hier nicht verteidigen kann, gegen ungerechte Angriffe in Schutz zu nehmen. Friedmann hat, wer er sagt, den größten Teil seines Vermögens für dieses Mittel geopfert, und weist die Behauptungen über die Höhe von Honoraren, wie sie hier erhoben worden sind, als unwahr zurück. Auch erklärt er, daß er an der Reklame unschuldig ist. Jedem Arzt gibt er das Mittel in die Hand; dieser muß sich aber bereit erklären, ihm über jeden einzelnen Fall zu berichten. Von einem Geheimmittel kann also nicht die Rede sein. Auch ärztliche Autoritäten haben die Ernennung Friedmanns zum Professor als gerechtfertigt erklärt. Jedenfalls mußte ihm die Möglichkeit gegeben werden, sein Mittel in größtem Umfange prüfen zu lassen. Ich hoffe, den im Sommer gegebenen Lehrauftrag bald ein Institut folgen zu lassen zum Heile des deutschen Volkes und der Menschheit. (Beifall.)

Die Besprechung wird abgebrochen. — Eine Reihe Bittschriften wird ohne Aussprache erledigt. Eine vom Abg. Dr. Weh (U. Soz.) befürwortete Petition auf Übertragung der Sittenpolizei auf die städtische Verwaltung Berlin wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Kleine Anfragen, Weiterberatung.

Schluß 6 Uhr.

Polnische Kraftprobe in Oberschlesien.

Fr Gleiwitz, 27. November.

Eigener Drahtbericht.

Aus Kattowitz wird berichtet, daß von polnischer Seite an verschiedenen Orten unter Hinweis auf die Nichtigkeitserklärung der Entente gegen den Zusammentritt der neugewählten Gemeindevertretungen Einspruch erhoben worden ist. Hierdurch unbeirrt haben die Bürgermeister und Gemeindevorsteher vielfach die ersten Versammlungen bereits anberaumt. Mit Rücksicht auf die unsicheren Verhältnisse bleiben aber auch die Arbeiterräte fast durchweg in Wirksamkeit.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Theater des Westens. 7½ Uhr: Die Frau im Hermelin. Sbd. 4 Uhr: Max u. Moritz. Stg. 12 U.: Matinee „Anita". Stg. 3¼: D. lustige Witwe.

Theater d. Friedrichstadt 7½ Uhr: Schattenspiele.

Wallner-Theater. 7 Uhr 15: Eine Ballnacht. Stg. 3¼ Uhr: Geisha m. Mia Werber.

URANIA Taubenstraße 48/49. Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Prof. Dr. Schwahn: Werden und Vergehen im Weltenraum. Hörsaal: 8 Uhr: Prof. Dr. Kessner: Die Walzwerk-Industrie. I. Teil.

Winter-Garten Wegen d. umfangreichen November-Spielplans Anfang 7 15 Rauchen gestattet!

Reichshallen-Theater. 7½ Uhr u. Sonntags nachmittag 3 Uhr

Stettiner Sänger Nachm. ermäßigte Preise.

Reichshallen-Saal: „Dönhoff-Brettl" Anfang 7½, Sonntags 5 Uhr. Neues Programm!

APOLLO Friedrichstr. 218. Dir. James Klein. Täglich 7¾ Uhr, Sonntags 3½ und 7¾. 12 Sensationen Varieté-Programm.

Admirals-Palast. Allabendlich 8 Uhr Die lustige Puppe

Kurfürst 12 Kurfürstendamm 12 Wein. Beste Küche. Bier. Das gr. neuartige Progr. Ch. W. Kayser Daisy Torrens Rudi Thaller der große Humorist Meili Rothe Ludwig Sandkuhl van Smitten (21334-57)

Ankauf von Juwelen Perlen, Smaragden usw. Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 9.

Erstes Berliner **Bankhaus** sucht für sofort oder später einen gewandten Korrespondenten, auch für Englisch und Französisch. Ausführliche Offerten erbeten unter K. 510 an die Exp. d. Ztg. (21372-73)

Für Berliner Bankgeschäft wird zu sofortigem Eintritt oder zum 1. Januar 1920 jüngerer Buchhalter gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen unter O. 518 Exped. d. Ztg. (21380-82)

Für ein Provinzbankgeschäft (Großbankfiliale) wird sofort ein junger Beamter gesucht. Offerten mit Lebenslauf u. Gehaltsansprüchen unter P. 520 Exped. dies. Ztg. (21351-53)

Die Reichsabgabenordnung angenommen.

Ueberstunden für Erntearbeiten. — Hilfsaktion für Deutsch-Oesterreich.

Deutsche Nationalversammlung.

120. Sitzung, Donnerstag, 27. November.

Am Regierungstische: **David, Erzberger.**

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min.

Die dritte Lesung der Reichsabgabenordnung wird zurückgestellt, da zahlreiche noch nicht gedruckte Abänderungsanträge vorliegen.

Die Ernährungsfrage.

Das Haus setzt daher die Aussprache über die Interpellationen zur Ernährungsfrage fort.

Abg. **Stapfer** (Bayer. Vp.): Wir müssen den Deutsch-Österreichern nach Möglichkeit helfen. Die Lebensmittelpreise sind in allen Ländern gestiegen. Unsere alte Regierung hat die Preise in die Höhe getrieben durch außergewöhnliche Löhne an die Munitionsarbeiter. Die neue Regierung versagt auch in der Lebensmittelfrage. Von einer Führung ist nichts zu merken. Redner wendet sich gegen den achtstündigen Arbeitstag, der die Landwirtschaft zu Grunde richte. In unserm Klima ist der achtstündige Arbeitstag für die rechtzeitige Einbringung unserer Ernte schädlich.

Abg. **Jandrey** (Dnat. Vp.): Die Regierung hat in diesen Fragen offenbar keine Mehrheit hinter sich. Diese Ernährungsschwierigkeiten haben wir vorausgesagt; sie rühren daher, daß man niemals auf die Erzeuger Rücksicht genommen hat. Wir müssen uns in der Ernährung endlich vom Ausland frei machen. Wir sind bemüht, die Schwierigkeiten zu beheben, aber die Regierung muß die Produktion unterstützen. Vor allem braucht die Landwirtschaft auch Kohle. Die Landbevölkerung hat die Kinder der Großstädte nicht auf dem Gewissen; wir haben sie sogar freiwillig bei uns aufgenommen. Wenn dem Bauer das Vieh weggenommen wird, verarmt er. An der Kartoffelnot ist das Versagen der Verkehrsmittel schuld. Es muß eine Verständigung zwischen Verbrauchern und Erzeugern herbeigeführt werden.

Abg. **Wurm** (U. Soz.): An der Verhetzung auf dem Lande trägt der Landbund die größte Schuld. Die Zwangswirtschaft, ein notwendiges Übel, ist solange notwendig, als wir einen freien Markt in Deutschland haben. **Die Land- und Industriearbeiter werden einmal gemeinsam vorgehen.** Die Löhne sind um das Dreifache gestiegen, die Kosten für die Lebenshaltung aber um das Sechs- und Siebenfache. Wenn 100000 Tonnen Kohle monatlich nach Holland verschoben werden, so beweist dies, daß bei uns die Wirtschaft nicht in Ordnung ist. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Landwirtschaft das bekommt, was sie braucht. (Sehr richtig! rechts.) Die Arbeiter werden Sie (nach rechts) nie wieder unter Ihre Fuchtel bekommen.

Damit schließt die Aussprache. Die Interpellationen sind erledigt. Der Zentrumsantrag **Blum** wird nach Anträgen Arnstadt (Dnat. Vp.) und Löbe (Soz.) in seinem ersten Teile in folgender Fassung angenommen:

Die Regierung wird aufgefordert, die Landarbeiter unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vereinigungen von ländlichen Arbeitern aufzufordern, während der Zeit bis zur Bergung der ganzen Hackfruchternte auf Verlangen der Arbeitgeber Überstunden und Sonntagsarbeit gegen eine besondere Vergütung zu leisten. Die sonstigen ländlichen Arbeiter und alle Landarbeitskundigen werden ersucht, sich während dieser Notzeit der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die Landarbeiter sollen ausreichend mit Beleuchtungsmitteln versorgt werden.

Die Reichsabgabenordnung.

In der dritten Lesung der Reichsabgabenordnung erhebt Abg. **Düringer** (Dnat. Vp.) nochmals Einspruch gegen die mit der Verfassung nicht in Einklang stehende Verordnung. Daher verlangt er für die Abstimmung, wie bei Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit. Die Vorlage bedeutet in politischer Beziehung den Unitarismus im Gegensatz zu dem verfassungsmäßigen Prinzip des Föderalismus. Das finanzielle Rückgrat der Einzelstaaten wird gebrochen. Große Kulturtaten der Einzelstaaten werden in Zukunft nicht mehr möglich sein. Der Reichsrat wird durch Berufung der einzelstaatlichen Finanzminister zu Präsidenten der Finanzämter und zu Mitgliedern des Reichsrats zu einer Farce, zu einer abhängigen Organisation. Herr Erzberger hat niemals eine glückliche Hand gehabt. Er hat alle Schlachten verloren. Wir sind gegen den Gesetzentwurf, da wir die Finanzgebahrung der Regierung widerspruchsvoll und grundsatzlos, ja sogar unmoralisch finden. Neben dem Kapitalismus wird auch der Sozialismus durch dies Gesetz vernichtet. Die Sparprämienanleihe bedeutet geradezu einen Appell an den Spieler- und Schiebergeist. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Mit der Reichsabgabenordnung ist ein bedeutendes Werk für den Wiederaufbau des Vaterlandes geschaffen worden. Wer die Mitarbeit am Wiederaufbau ablehnt, dem wird von der Geschichte kein gutes Zeugnis ausgestellt werden. (Unruhe rechts.) Die Grundgedanken des Gesetzes hat der Vorredner nicht beanstanden können. Daß das **Gesetz den Weg zum Einheitsstaat** ebnet, ist gerade sein größter Vorzug. Das deutsche Volk geht an der Zersplitterung zugrunde, es kann nicht genesen an 26 souveränen Ländern. Wir bekämpfen die Separationsbestrebungen im Reiche. Von Preußen ist jahrhundertelang eine **Gewaltpolitik** getrieben worden. (Großer, langanhaltender Lärm rechts, Zuruf: **Wer hat denn Deutschland geschaffen?**) 1907 und 1908 habe ich gegen die Polenpolitik gesprochen. (Zuruf des Abg. Riesser (D. Vp.): Wer hat denn da gehetzt? Großer, anhaltender Lärm rechts.) **Sie gehören in die Kaltwasserheilanstalt.** (Erneuter Lärm rechts.) Wir bekämpfen alle Gewaltmaßnahmen. Wenn Sie (nach rechts) das nicht anerkennen, so ist das der **Höhepunkt der Heuchelei.** (Erneute große Unruhe rechts. — Zuruf:

Sie sind der größte Heuchler!)

(Der Präsident bittet die Rechte eindringlich um Ruhe), **Deutschland ist nicht zu retten, wenn wir die Einzelstaaten in ihrer alten Zuständigkeit wieder errichten würden. Der Abgeordnete Düringer ist gegen die Zentralisation,** er ist aber auch gegen die **Dezentralisation. Das ist unlogisch.** Die **Zentralgewalt in der Reichsfinanzverwaltung muß gestärkt werden. Den Weg des alten Partikularismus können wir nicht mehr gehen. Das finanzielle Rückgrad der Einzelstaaten wird durchaus nicht gebrochen.** Das Landesabgabenrecht bleibt ihnen. Niemand ist dankbarer für ein einheitliches Steuerrecht als der Steuerzahler. Ich bin erfreut, daß die Deutschnationalen sich jetzt als **Hüter der Reichsverfassung** aufspielen, nachdem sie sie bisher verworfen haben. (Heiterkeit.) Als alter Politiker sage ich aber: Trau, schau, wem! (Heiterkeit.) Ein Interessengegensatz zwischen Reich und Einzelstaaten besteht nicht und darf nicht bestehen. Der Vorwurf, die jetzt ausgeschriebene Prämienanleihe sei unmoralisch, dient nicht dem Interesse des deutschen Volkes. Kehren Sie (zur Rechten) **doch vor Ihrer eigenen Tür. Sie waren doch sonst nicht so moralisch, wenn es sich um Lotterien oder den Totalisator handelte.** Die Reichsabgabenordnung ist die konsequente Durchführung des Art. 14 der Reichsverfassung. Ich bitte um Ablehnung des deutschnationalen Antrages. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. **Kempkes** (D. Vp.): Ich will nur auf ein grundsätzliches Bedenken eingehen: die außerordentlich große Machtfülle, die durch das Gesetz in die Hände des Reichsfinanzministers gelegt wird. Ein neues großes Heer von Beamten wird wieder große Summen erfordern. Wir **stimmen trotzdem** der Vorlage zu, um auch als **Oppositionspartei** an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten.

Abg. **Pohlmann** (Dem.): Schmerzlich ist es, daß erst ein Weltkrieg uns zur Reichseinheit führen muß. Die Not der Zeit zwingt uns, dem Finanzminister ein scharfes Instrument in die Hand zu geben.

Abg. **Dr. von Delbrück** (Dnat. Vp.) wendet sich gegen den Minister Erzberger. Er hat die Verhandlungen auf einen **sehr niedrigen Ton** herabgedrückt; er hat sich den lebhaften Widerspruch der Rechten selbst zuzuschreiben. Der Redner sucht nachzuweisen, daß die Reichsabgabenordnung mit der Verfassung in Widerspruch steht.

Reichsfinanzminister **Erzberger:** Wir kritisieren nur die Art und Weise, wie die deutschnationale Volkspartei ihre Haltung begründet. Wenn der Abgeordnete Dr. **von Delbrück** sich über den von mir angeschlagenen Tot beschwert, so kann ich seinen Parteigenossen nur den Rat geben, sich während meiner Reden künftig anders zu verhalten und die Zwischenrufe zu unterlassen. (Unruhe rechts.) Ich halte den Vorwurf politischer Heuchelei aufrecht. (Lärm rechts.) Über **Geschmack und gute Erziehung** will ich mit der Rechten nicht streiten. (Erneuter Lärm rechts. Der Präsident bittet, die Zwischenrufe endlich zu unterlassen.) Gegen den Vorwurf des Abg. Düringer, ich hätte mich skrupellos über die Reichsverfassung hinweggesetzt, muß ich mich wehren. Die Sparprämienanleihe hat er als unmoralisch bezeichnet. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. **Der alte preußische Staat hat mit Brutalität und Gewalt regiert.** (Unruhe rechts.) Zum Beweise führe ich das Enteignungsgesetz und das Volksschulgesetz an, sowie die Art und **Weise der Durchführung des Kulturkampfes.**

Abg. **Schultz-Bromberg** (D. Vp.): **Durch unerhörte Schmähungen und Beleidigungen hat der Reichsfinanzminister versucht, Preußen in den Augen seiner eigenen Landeskinder herabzusetzen. Gewiß** mußte Preußen oft mit harter Hand regieren, es waren aber Staatsnotwendigkeiten, die uns dazu zwangen. **War der Kulturkampf allein die Schuld Preußens, oder trug nicht auch die andere Seite die Schuld? (Sehr richtig! Gr. Lärm im Zentr.) Wa sPreußen getan hat, kann vor der Geschichte bestehen, es war getan im Kampf für deutsches Wesen, für die Größe des deutschen Vaterlandes. (Stürm. Beifall.) Und kein Minister und auch keiner** aus **Württemberg wird** die **ruhmreiche Geschichte Preußens** herunter zerren **und in den Augen der Welt entstellen. (Gr. Unruhe u. Lärm. — Stürm. Beifall.) Die Beleidigungen und Schmähungen gegen Preußens Ehre** — das sage ich im Namen **aller** meiner Freunde, nicht bloß **derer aus Preußen — reichen nicht an unsere Stiefelsohlen heran. (Stürm. Beifall u. gr. Unruhe.) Ohne Preußen kein Deutscher Reichstag! Häufen Sie die Beleidigungen, Schmähungen und Verleumdungen unseres stolzen Preußens bergehoch, niemals werden Sie erreichen das Maß der Verachtung, das wir dafür empfinden. (Stürm. Beifall rechts, gr. Unruhe und Zischen links.)**

Es folgt die Einzelbesprechung der **Vorlage.**

In der Gesamtabstimmung wird das **Gesetz mit** geringen Änderungen nach den **Beschlüssen der** zweiten Lesung gegen die Stimmen **der** Deutschnationalen **angenommen.**

Die Hilfsaktion für Deutsch-Österreich.

Man wendet sich zum letzten Gegenstand **der** Tagesordnung, den von allen Parteien mit Ausnahme der **Unabhängigen** eingebrachten Antrag auf Einleitung einer Hilfsaktion zur Linderung der **Hungersnot in Deutsch-Österreich,** insbesondere der Stadt **Wien. Präsident Fehrenbach** begründet namens der **Antragsteller** den Antrog. An dem **Umfang** der **Notlage Deutsch-Österreichs,** besonders **in** Wien, **können** wir nicht mehr zweifeln. Eine große Anzahl der Einwohner steht dort vor dem Hungertode. Arme Frauen, namentlich arme **Kinder,** sind dem größten Elend ausgesetzt. **In den Ententestaaten hat die Menschlichkeit, hat die christliche Barmherzigkeit anscheinend keine Stätte.** Nun ergeht der Hilferuf an uns, die wir selbst darben. Wir sind bereit, unseren Stammesbrüdern, den Österreichern, in ihrer **größten Not beizustehen.** Der Antrag geht dahin, die Reichsregierung zu ersuchen, **für die nächsten vier Wochen unsere Mehlversorgung um wöchentlich 50 Gramm kürzen zu lassen.** Für viele notleidenden Familien in unserem Deutschen Reich ein schweres Opfer, aber das Gefühl der Humanität, des Mitleids in dieser Not wird uns dazu bestimmen, auf diese 50 Gramm zu verzichten. Es ist nicht viel, aber es wird immerhin genügen, um der größten Notlage abzuhelfen. Das ganze deutsche Volk möge sich diesem Appell anschließen. (Lebh. Bravo!) In seinem zweiten Teil sieht der Antrag auch eine **private Hilfsaktion** vor. Wir richten die Bitte an die Einwohner aller deutschen Gaue, die noch in der Lage sind, etwas abzugeben, beizutreten zur Linderung der großen Not in Österreich. Dies Werk der Barmherzigkeit und Nächstenliebe wird die Bande um unsere Stammesgemeinschaft noch verstärken. Deutsch-Österreich wird uns das nie vergessen. Auch die kirchlichen Instanzen würden ein gutes Werk fördern, wenn sie angesichts des nahenden Weihnachtsfestes die Gläubigen aufforderten, zu Gunsten unserer armen notleidenden Stammesbrüder ein schönes Scherflein beizutragen. (Bravo!) Der Antrag bedarf eigentlich keiner Begründung, aber wir wollten ihm noch einige herzliche Worte mit auf den Weg geben.

Abg. **Geyer-Leipzig** (U. Soz.) erklärt sich namens seiner Fraktion mit dem Antrag insoweit einverstanden, als er die Selbstversorger zur Hilfe aufruft. Die Kürzung der Mehlration der Verbraucher um 50 Gramm lehnt die Partei ab.

Reichswirtschaftsminister **Schmidt erklärt** sein Einverständnis, trotz erheblicher Bedenken. Auch die Bevölkerung im Lande wird diese Einschränkung gern ertragen, um unseren Brüdern in Österreich dieses notwendige Opfer zu bringen.

Präsident **Fehrenbach:** Mein Appell an die Kreise außerhalb dieses Hauses sollte sich vornehmlich auf die Selbstversorger beziehen.

Abg. **Schiele** (Dnat. Vp.): Meine Fraktion hat von vornherein auch mit einem Beitrag der Selbstversorger gerechnet.

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen bis auf den von den Unabhängigen abgelehnten Satz 2 des Absatzes 1, betr. Kürzung der wöchentlichen Mehlration.

Nächste Sitzung: **Mittwoch, den 3. Dezember 1 Uhr:** Steuervorlagen.

Schluß nach 8 Uhr.

Die Berliner Arbeiterräte bleiben.

Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Auf der Tagesordnung steht folgende Anfrage der Stadtv. Koch, Benecke u. Gen. (D. Vp.): „Ist dem Magistrat **bekannt,** daß die Beschuldigungen, die der Stadtv. Lehrer Hübner in der Sitzung vom 30. September d. J. gegen weite Kreise der Berliner Lehrerschaft, insbesondere gegen die Lehrerin Frl. Fechner und den Rektor einer Gemeindeschule erhoben hat, der Wahrheit nicht entsprechen, und was gedenkt der Magistrat zu tun, um diese öffentlich erhobenen ehrkränkenden Beschuldigungen richtig zu stellen und den Betroffenen Genugtuung zu verschaffen?“

Stadtv. Koch (B. Vg.): Stadtv. Lehrer Hübner hat in der fraglichen Sitzung dargelegt, daß die Lehrerin Fräulein Fechner Kinder, die ordnungsgemäß vom Religionsunterricht abgemeldet worden sind, gezwungen hat, am Religionsunterricht teilzunehmen, und der Rektor diesem Treiben nicht entgegengetreten ist. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß diese Darstellung den Tatsachen nicht entspricht. Die Kinder sind nur zurückbehalten worden, weil keine andere Klasse vorhanden war ,in der nicht auch gerade Religionsunterricht erteilt wurde. Die Lehrerin ließ die Kinder aber hinten in der Klasse Platz nehmen und bedeutete ihnen, daß sie am Religionsunterricht nicht teilzunehmen brauchten und sich selbstbeschäftigen könnten. Ebens oobjektiv unwahr ist es, daß der Rektor dem gerügten Treiben nicht entgegengetreten ist, denn er hat erst nachträglich von dem Vorfall Kenntnis erhalten. Die ferneren allgemeinen Ausführungen des Stadtv. Hübner, daß Kinder von Dissidenten von Lehrern schlecht behandelt werden, sind gleichfalls unrichtig.

Stadtschulrat **Dr. Fischer bringt dazu folgende Erklärung des Magistrats zur Kenntnis:** Die Vorwürfe des Stadtv. Hübner sind schon in der Sitzung vom 30. September vom Magistratsvertreter zurückgewiesen worden. Die Nachprüfung hat ergeben, daß der Lehrerin allerdings die Kinder in der Religionsstunde zurückbehalten hat, weil in den anderen Klassen auch gerade Religionsunterricht stattfand. Diese konnten aber ihre Hausarbeiten machen. Es ist ihr eröffnet worden, daß sie die Kinder nicht zurückhalten durfte. Fräulein Fechner hat sich mit **Unkenntnis** entschuldigt. Die Lehrerin hat insofern gefehlt, als sie ide Kinder nicht nach Haus entlassen hat, wie es Vorschrift ist, wenn der Religionsunterricht in einer sogenannten Eckstunde erteilt wird. Der Rektor hat erst durch die Vernehmung des Fräulein Fechner Kenntnis von dem Vorfall erhalten. Ein **disziplinarisches** Vergehen gegen Lehrer Hübner hält der Magistrat **nicht** für angebracht, da er als **Stadtverordneter** gesprochen hat. (Sehr richtig.)

Damit ist die Anfrage erledigt.

Von den Stadtv. Koch u. Gen. (B. Vg.) liegt sodann folgender Antrag vor: „**Die Versammlung erkennt die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte als gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber dem Magistrat als Arbeitgeber nicht an.** Sie ersucht daher den Magistrat, für Arbeiterräte aus **öffentlichen Mitteln** Zahlungen oder Leistungen irgendwelcher Art nicht mehr herzugeben und die das Verhältnis zu den Arbeiterräten beim Magistrat regelnde Verfügung aufzuheben.“

Stadtv. Koch (B. Vp.): Die Bürgerliche Vereinigung stellt sich auf den Standpunkt der **Vorortgemeinden** und der Vertreter der **Mehrheitssozialisten** in diesen. Es bestehen nach dem Gesetz nur die Arbeiter-Ausschüsse, aber die Arbeiterräte schweben in der Luft. Sie bestanden nur als Ausfluß der Revolutionsgesetzgebung nach dem Revolutionsrecht. **Die Arbeiterräte sind also eine ungesetzliche iEnrichtung.** Die Vorortgemeinden haben die Subvention für sie eingestellt. In Berlin gibt es zur Zeit **54 kommunale Arbeiterräte,** denen die Versammlung eine monatliche Unterstützung **von 50 Mark** bewilligt hat. Sie widerspricht dem Sinne derer, die jetzt an dem Gesetze der Betriebsräte arbeiten. Grundsatz muß sein, daß die Arbeiterräte produktive Arbeit leisten. Auf keinen Fall ist es gerechtfertigt, daß ihnen auch noch Ersatzmänner gestellt werden. Der Magistrat muß die ungesetzliche Abmachungen aufheben und zwar unverzüglich.

Stadtrat **Franz:** Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß hier die Arbeiterräte nicht solche sind wie in den Vororten, sondern **Betriebsräte,** und daß eine Änderung in dem Verhältnis zu diesen mit Rücksicht auf das mehr bevorstehende Betriebsräte-Gesetz nicht empfehlenswert ist.

Stadtv. **Müntner** (S. P. D.): Der Vergleich mit den kommunalen Arbeiterräten in den Vororten hinkt auf beiden Beinen, denn hier handelt es sich um Arbeiterräte in den Betrieben. Wir sehen in der Institution der **Arbeiter-Betriebsräte eine eminent notwendige Einrichtung.** (Beifall bei den Soz.)

Stadtv. **Cassel** (Dem.): Allerdings ist eine gesetzliche Grundlage nicht vorhanden, aber es ist doch nicht ungesetzlich, wenn die Behörden trotzdem die Arbeitsgemeinschaft anerkennen. Nachdem der Versammlung 50 Mark bewilligt hat, kann man doch nicht im Zickzackkurs wieder gegen die Arbeiterräte sich aussprechen. Es wäre **kleinlich,** wenn wir wenige Wochen vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes diese Einrichtung wieder aufheben wollten. Meine Freunde sind aber mit großem Nachdruck gegen etwaige **Anmaßung eines Kontrollrechts,** wenn wir auch ein Mitwirkungsrecht der Arbeiter und Beamten bei Gestaltung ihrer Verhältnisse anerkennen. **Wir lehnen den Antrag ab.**

Stadtv. Dr. **Weyl:** Die Arbeiterräte haben sich für Ruhe, Ordnung und Arbeitsfreudigkeit unentbehrlich gezeigt.

Stadtrat **Franz:** In den Richtlinien des Magistrats ist nur die Rede von Anregungen und Verhandlungen. Es ist nicht vorgesehen, daß die Arbeiterräte Entscheidungen treffen oder ein Kontrollrecht ausüben. Es handelt sich also nicht um Eingriffe in die städtische Verwaltung.

Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Cassel und Koch wird der Antrag **Koch** und Genossen in namentlicher Abstimmung **mit 89 gegen 22 Stimmen abgelehnt.**

Es folgt ein Antrag **Koch** u. Gen. (B. Vp.): Bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß schleunigst einleitende Maßnahmen zum **Abbau der Zwangswirtschaft des Zuckers** getroffen werden.

Der Antrag wird **abgelehnt.**

Es folgt die Vorlage betr. die Neufestsetzung der **Besoldungsordnung der städtischen Beamten** und Festangestellten (mit Ausnahme der Lehrpersonen).

Di eRedner sämtlicher Fraktionen erörtern die Vorlage in längeren Ausführungen, durchaus in **sympathischer Weise** und stimmen in dem Antrage der **Überweisung a einen Ausschuß** überein.

Hierauf nimmt Oberbürgermeister **Wermuth** das Wort: Obwohl wir uns selbst in tiefer Bedrängnis befinden, greift doch die Nachricht aus **Wien** über die Not dieser Schwester- und Freundesstadt, uns mächtig an das Herz. Es ist ein von beiden Bürgermeistern und beiden Stadtverordnetenvorsteher unterzeichneter **Aufruf** in Vorbereitung und wird in allernächster Zeit veröffentlicht werden. Ich bitte Sie, diesen Aufruf und die daran zu knüpfende Tätigkeit möglichst zu unterstützen und zu fördern und in der Bürgerschaft ein warmes Interesse dafür zu erwecken.

Gross-Berlin

Wiener Hilfswoche!

Unter dem Eindruck der erschütternden Nachrichten aus dem frierenden und hungernden Wien und aus Deutsch-Oesterreich wird die Berliner Stadtverwaltung morgen zu einem großen Hilfswerk aufrufen und in der kommenden Woche in den städtischen Lyzeen eine Sammlung von unverderblichen Lebensmitteln aller Art und von Geldspenden unter dem Werberuf „Wiener Hilfswoche“ veranstalten. Hierbei soll wiederum vor allem die Schuljugend mitwirken, die mit besonderen Flugblättern für die Wiener Spende werben wird. Die neuesten aus Wien kommenden Nachrichten lassen leider keinen Zweifel an der Notwendigkeit schneller Hilfe für die deutschen Stammesgenossen an der Donau aufkommen. Zusammen mit dem Hilfswerk des deutschen Städtetages wird die Aktion der Berliner Stadtverwaltung dazu beitragen, die Not in Deutsch-Oesterreich nach Kräften zu lindern.

Wiederaufnahme des Elektrizitätsbetriebs in Charlottenburg.

Die Stadt Charlottenburg, deren Stromversorgung gestern morgen 6 Uhr unterbrochen werden mußte, ist noch in letzter Stunde von einer völligen und längeren Störung des städtischen Elektrizitätswerkes verschont geblieben. Der Reichskohlenkommissar hat den am Spreebord liegenden Kahn, der 100 Tonnen für das städtische Wasserwerk und nur 70 Tonnen für das Elektrizitätswerk enthält, gänzlich für das Stromwerk freigegeben. Dieser Kahn ist gestern vormittag sofort nach seinem Eintreffen aus Spandau entladen worden, sodaß gestern abend die Lichtversorgung Charlottenburgs wieder aufgenommen werden konnte. Die Wiederaufnahme des vollen Werkbetriebes erfolgte nur in der bestimmten Erwartung, daß die vom Reichskohlenkommissar zugesagten weiteren Kohlensendungen auch wirklich eintreffen.

Eine Erklärung des Reichskohlenkommissars.

Vom Reichskohlenkommissar geht uns nachstehende Mitteilung zu: „Das Elektrizitätswerk Charlottenburg hatte im Monat Oktober einen kalendertäglichen Durchschnittsverbrauch bis zum 16. von 135 Tonnen. An diesem Tage war ein Bestand von 1457 Tonnen vorhanden, d. h. ausreichend für über 10 Tage. Vom 17. November ab bis jetzt hat sich der Verbrauch erhöht und beträgt im kalendertäglichen Durchschnitt 183 Tonnen. Hierdurch ist in erster Reihe trotz weiterer, wenn auch geringer Eingänge, die Kalamität beim Elektrizitätswerk entstanden.

Die in der Presse erwähnte Beschlagnahme eines Kahnes, der für Charlottenburg bestimmt war, wurde am 13. November vorgenommen, zu einem Zeitpunkt, als Charlottenburg noch über einen Bestand für 13 Tage verfügte. Der Kahn wurde zugunsten der Hochbahn Unterspree beschlagnahmt, welche nur noch für einen halben Tag Kohlen hatte.

Am 25. hatte das E.-W. Charlottenburg einen Bestand von 340 Tonnen. Inzwischen ist heute früh bereits ein Kahn mit 70 Tonnen beim E.-W. eingetroffen. Mit diesen 70 Tonnen und den vorhandenen Mengen muß das Werk bis etwa morgen mittag ausreichen. Außerdem sind aus Spandau, wo die per Bahn einlaufenden Kohlen für Charlottenburg in Kähne umgeschlagen werden, heute abend oder morgen früh 200 Tonnen an Charlottenburg zu erwarten. Fernerhin wurden 11 Wagen, also ca. 150 Tonnen, für Charlottenburg unterm 25., als Niederschöneweide passiert, gemeldet. Auch diese Mengen müssen heute in Ruhleben eingehen und können im Laufe des 28. und 29. in Charlottenburg sein. Im übrigen ist heute früh bereits ein Angestellter des Reichskohlenkommissars nach der Mühlendammer Schleuse geschickt, um in Berlin befindliche Kahnladungen zugunsten des Elektrizitätswerkes Charlottenburg zu beschlagnahmen.

Hätte das E.-W. die Mitteilung, daß es infolge Kohlenmangels gezwungen wäre, den Betrieb einzustellen, **nicht** gestern am 26. abends zu später Stunde erst dem Reichskohlenkommissar gemeldet, sondern am Tage vorher, bis gegen mittag, so wäre es einen Tag früher möglich gewesen, in Berlin Kähne zu beschlagnahmen und dem Werke rechtzeitig zuzuführen.

Im übrigen sind die Elektrizitätswerke in Notfällen verpflichtet, (§ 6 der Bekanntmachung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit vom 9. September 1919), selbständig den **Notbetriebsplan** einzuführen, d. h. **nur die lebenswichtigsten Betriebe** zu versorgen und alle anderen abzuschalten oder stark einzuschränken, um auf diese Weise einen vollständigen Stillstand zu vermeiden, welcher mit Rücksicht auf die Versorgung von Bahnhöfen, Krankenhäusern, Wasserwerken, Kanalisationsanlagen, Post und Telegraph von außerordentlicher Tragweite ist. Diesen Notbetriebsplan hat das E.-W. Charlottenburg **nicht** eingeführt. Solche Notbetriebspläne sind von einer großen Reihe von Elektrizitätswerken, auch in Großstädten, für lange Zeit bereits eingeführt gewesen und noch zurzeit eingeführt.“

— **Großbrot von 2350 Gramm Gewicht.** Um vielfach geäußerten Wünschen aus Verbraucher- und Bäckerkreisen zu entsprechen, hat der Lebensmittelverband beschlossen, neben dem 2000 Gramm schweren Großbrot auch ein solches von 2350 Gramm Gewicht entsprechend der Gesamtportion der Brotkarte zuzulassen. Der Höchstpreis für dieses Brot beträgt 1,88 Mk.

Kunst und Wissenschaft

„Das ästhetische Theater".

„Moderne Menschen, anspruchsvolle Genießer, haben sich zusammengefunden, um im intimen Rahmen eine Sonderkunst zu pflegen und zu fördern, welche unter der falschen Moral einer überlebten Zeit bisher nur einem kleinen Kreise Erwählter zugänglich gemacht werden konnte."

Also steht es geschrieben, nicht etwa auf einem Handzettel, durch den das kunstbegeisterte Leutnantsehepaar Beimers zu seinen Nacktkulturen mit verschwiegenem Händedruck einlud, sondern auf einer sehr vornehm aufgemachten Einladung, die in diesen Tagen zu Hunderten in die Welt geflattert ist und auch alleinstehende Damen nicht übergangen hat.

Man weiß vielleicht zunächst nicht recht, was das „Aesthetische Theater" will, wenn es selbst für seine Darbietungen nur einen „intimen Rahmen" vorsieht und doch zugibt, daß die von ihm zu pflegende Sonderkunst bisher nur einem „kleinen Kreise" zugänglich gemacht werden konnte. Gibt es einen noch intimeren Rahmen als einen kleinen Kreis? Es muß doch wohl so sein! Denn der bisherige kleine Kreis will sich zwar erweitern, aber er hat seine Bedingungen, deren erste lautet:

„Mitglied kann nur werden, wer sich künstlerisch reif fühlt, am freien Wort oder Bild grundsätzlich keinen Anstoß zu nehmen."

Nackter und klarer können die wirklichen Absichten dieses „Aesthetischen Theaters" nicht angekündigt werden. Es dürfte wohl im wesentlichen eine Aesthetik des Nabels in Frage kommen!

Es scheint sich freilich durchaus nicht um eine neue Gründung zu handeln. Wenigstens erklärt die Einladung: „Art und Wesen unserer Vereinigung bedingen intimste Exklusivität, daher wenden wir uns nur an die geistigen Tausend, zu denen auch Sie zu zählen, wir uns die Ehre geben. (Sehr schmeichelhaft!) Was wir können, haben wir in den früheren Aufführungen des „Don Karl" und der „Elsa von Brabant" gezeigt — was wir wollen, wird sich in der für Jannarins 1920 vorbereiteten Premiere des dreiaktigen romantischen Schauspiels „Dido" von Wal-Sano in nie vorher erlebter Weise dokumentieren".

Der alte selige Aloys Blumauer würde wahrscheinlich an diesem romantischen Schauspiel seine Freude haben, besonders wenn die Szene dargestellt wird, in der, wie er in seiner Aeneis-Travestie so hübsch sagt, Aeneas bei Regen in die Höhle tritt:

„Wo eben, bis aufs Hemdchen naß,
Die so verliebte Dido saß,
Ihr Unterröckchen trocknend."

„Intimste Exklusivität" ist selbstverständlich etwas sehr Kostbares und muß teuer bezahlt werden. Daher heißt es in den Bedingungen weiter: „Die Vorstellungen finden unentgeltlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit nur für die Mitglieder der Vereinigung „Das ästhetische Theater" statt. Nach Einsendung von 25 Mk. (!!!) an die Schriftleitung (!!!) geht dem Antragsteller die auf den Namen ausgestellte Mitgliedskarte zu, die zum Besuche einer Vorstellung im 1. Halbjahr 1920 berechtigt. Die vorläufig in Aussicht genommenen Vorstellungen finden am 5., 7. und 9. Januar 1920 im Festsaal der Gesellschaft der Freunde statt."

Unterzeichnet ist die Einladung „Das ästhetische Theater", für die Schriftleitung (!!!) zeichnet ein Dr. Alfred Schröder, Charlottenburg, Cosanderstr. 5, auf dessen Konto auch die Zahlungen zu leisten sind.

Ich hoffe die Herren Aesthcten werden mir für die schöne Propaganda, die ich hier für sie mache, die Ehrenmitgliedschaft verleihen. Ich möchte gern zu den „geistigen Tausend" gerechnet werden, ohne daß mich die Ehre 25 Mk. kostet. Meine künstlerische Reife gegenüber dem „freien Bild" allerdings dürfte doch nur von Fall zu Fall sich entscheiden und mehr von dem „Bild" als von der „Freiheit" abhängen. Immerhin kann man unzuverlässige Individuen, die bei uns die wahre Freiheit immer noch zu vermissen behaupten, mit Aussicht auf Erfolg auf so schöne Unternehmungen wie das „Aesthetische Theater" hinweisen, in deren Bereich die echte Freiheit zur sinnigsten Anwendung gelangt. E. K.

Heinrich Manns „Brabach."

Aus München wird uns geschrieben:

Heinrich Manns Schauspiel „Brabach" ist im Kleinen Hause der Münchner Nationaltheater in ausgezeichneter Darstellung zur Uraufführung gebracht worden. Daß es nur einen Achtungserfolg erringen konnte, fällt nicht dem Theater zur Last. Das Werk ist eine durchaus intellektuelle Konstruktion. Wenn die Gestalten dieses Stückes lieben — und sie alle lieben —, dann tun sie's aus Berechnung, wie sie selber errechnete Wesen sind. Brabach, ein „in gesicherter Lebensstellung" befindlicher Bankkassierer (i. Fa. Beer u. Weile), erlebt am Beispiel seines Volontärs, des Luftikus, Hochstaplers, Sozialisten und Revolutionärs Wendlicher, den Auftrieb hochhinausstrebender Jugend. Er glaubt ihn in anderer Form auch in dem Bädermädel Leni zu entdecken und — „macht" die beiden, die ohnehin schon ein Techtelmechtel mit einander haben, in großem Stile. Wendlicher wird Groß-Schieber und Leni Filmdiva. Dieser Herr Wendlicher ist aber ein sehr komplizierter Revolutionär. Er lebt im Entalvah in Klubsessel-Sälen, plant und macht riesige Transaktionen, und nichts anderes als eine solche ist auch seine Verlobung mit Esther v. Beer, der Chefstochter. Da es sich aber erweist, daß Wendlicher von älteren Damen Geld nahm und sogar einer von der durch ihn ruinierten Frau Weile gefälschte Wechsel präsentiert hat, löst Papa Beer die inzwischen gefeierte Verlobung wieder auf. „Alle fallen von Wendlicher ab", Esther auch, und das etwas komplizierte Bräutchen, das von der romantischen Idee einer Flucht mit dem Geliebten bald (in die väterliche Villa) abgebracht werden kann. — Nur Brabach, der Alte, der Getreue, hält an dem bewunderten Hochstapler fest, er gibt ihm sogar gestohlenes Geld; ja, er stirbt (wahrscheinlich an Gift) für Wendlicher.

Es stehen in diesem Stücke viele kluge Worte, Sentenzen werden geprägt, die Figuren stehen oft einander in scharfer Silhouette dramatisch gegenüber. Man beschimpft, man umarmt einander, in allzuschneller Wandlung des Temperaments, und stets fühlt der Zuschauer die geistreiche, die geistige Absicht. Aber Absicht ist und bleibt alles in diesem Stücke, das durch Aufgreifen und Fallenlassen zahlreicher menschlicher und sozialer Probleme sich selber zersplittert und Verwirrung schafft.

Die Aufführung leitete Albert Steinrück. Er gab ihr äußerst eindrucksvolle Momente, zumal dann, wenn die Dinge, wie Wendlicher gern sagt, „auf des Messers Schneide" standen. Frau Brabach war massig und töppisch und dunklen Dranges, gutmütigpflichttreu, voll. Wendlicher bekam von Stieler die rechte Mischung fackelfroh auflohender Tugend und auf Taille gearbeiteten Schiebertums. Prickelnd und temperamentvoll gab H. Ritscher ihre Leni. Daneben sind Waldau und Ulmer sowie, als Frau Weile, Frau v. Hagen zu erwähnen. Das Publikum brachte, im Kampfe gegen zahlreiche Zischer, das Stück zu einem Achtungserfolge, für den Heinrich Mann dankte. R. R.

— **Der neue Stuttgarter Intendant.** Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Seit Baron zu Putlitz, der letzte Generalintendant der württembergischen Hoftheater, am 18. November 1918 von seinem Posten zurücktrat, wurde die inzwischen zum „Württembergischen Landestheater" umgewandelte Bühne von Geh. Intendanzrat Stephany interimistisch geleitet. Die „Revolutionierung der Theaterbetriebe" ging aber auch an Stuttgart nicht vorüber, und die Verhältnisse erforderten dringend eine endgültige Regelung. Der meist aus der Kavallerie hervorgegangene Hoftheaterintendant hat sich auch bei bester persönlicher Eignung überlebt, die in der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger sich ausdrückende gewerkschaftliche Tendenz ist gegen den „literarischen" Bühnenleiter, und die Zahl der aus dem Theater selbst hervorgegangenen Intendanten, die für ein führendes Kunstinstitut in Frage kommen, gering. Direktor Albert Kehm, auf den schließlich, wie schon gemeldet, unter 60 Bewerbern die Wahl des württembergischen Kultusministeriums fiel, ist daher auch noch ein ziemlich unbeschriebenes Blatt. In Stuttgart 1881 geboren, nahm er hier als Schüler Edmond Richters dramatischen Unterricht, wirkte an verschiedenen deutschen Bühnen, so in Hannover, Bremen, Dresden, Königsberg, Straßburg, als Schauspieler, und übernahm 1914 die Leitung des Stadttheaters in Bern, das er aus etwas zerfahrenen Verhältnissen zur Gesundung führte. Der Stuttgarter Posten stellt große Anforderungen an ihn, nicht nur in künstlerischer Hinsicht. Und es wird großer Tatkraft und Entschiedenheit bedürfen, um das Württembergische Landestheater mit beschränkten finanziellen Mitteln nach den inneren Erschütterungen durch die Umwälzung wieder in die Bahn zu leiten, auf die es als Hoftheater von Baron zu Putlitz in 26jähriger Arbeit geführt wurde.

— **Die vorbildliche deutsche Bühnentechnik.** Am berühmten Mailänder Scalatheater ist man gegenwärtig emsig am Werke, die Einrichtung der Bühne, die bisher eine der Bedeutung des berühmtesten Theaters Italiens unwürdige Rückständigkeit zeigte, nach dem Muster der deutschen Bühnen umzugestalten und so auf die Höhe moderner Bühnentechnik zu bringen. Mit dieser durchgreifenden Umarbeitung des szenischen Apparats ist der Bühnenmeister Cäsare Albertini betraut. Er wurde auf Kosten der Stadt Mailand auf eine Studienreise nach Deutschland geschickt, um hier die neuesten Errungenschaften der Bühnentechnik kennen zu lernen und sich von ihrer praktischen Wirkung zu überzeugen. Diese Reise führte ihn zunächst nach München und nach Köln, wo er das ehemalige Prinzregenten-Theater und das Stadttheater besuchte. Später wohnte er einer Aufführung der „Cavalleria rusticana" im Deutschen Opernhause zu Charlottenburg bei, sowie einer Vorstellung der „Frau ohne Schatten" im Dresdener Opernhaus. Hier und in Charlottenburg empfing der Mailänder Bühnentechniker die nachhaltigsten Eindrücke. Im Deutschen Opernhause in Charlottenburg waren es insbesondere die Drehbühne und der Kuppelhorizont nach dem System Fortuny, die Albertinis besonderes Interesse erregten, sodaß er deren Einführung an der Mailänder Scala beschloß. In Dresden bestimmten ihn die starken szenischen Wirkungen der dortigen Tiefbühne zur Nachahmung derselben im Theater seiner Vaterstadt. Bei dem Umbau der Bühneneinrichtung in der Scala, für die die Stadtverwaltung von Mailand 300 000 Lire ausgeworfen hat, sollen denn auch die Vorteile der Drehbühne, des Kuppelhorizonts und der Tiefbühne in vollem Umfang ausgenutzt werden, um nicht allein eine restlose Ausnützung des verfügbaren Bühnenraums, sondern um vor allem jene Unzuträglichkeiten zu vermeiden, die der Szenenwechsel bisher zum Schaden der einheitlichen Wirkung zur Folge hatte.

— **Die Wallenstein-Trilogie an einem Tage** wurde in Baden-Baden aufgeführt in einer Bearbeitung des Intendenten Dr. Hans Waag. Dr. Waag ging dabei in der Weise zu Werke, daß er „Wallensteins Lager" am Vormittag, „Die Piccolomini" und „Wallensteins Tod", zu einem Teil zusammengezogen, am Abend aufführen ließ.

— **Wildenbruchs Bibliothek in der Berliner Stadtbibliothek.** Eine große Bereicherung erhielt die Berliner Stadtbibliothek durch die Witwe Ernst von Wildenbruchs, die die Bibliothek des Dichters im Umfange von etwa 5000 Bänden, darunter auch Handschriften von ihm, nebst der Einrichtung seines Arbeitszimmers schenkte. Durch solche Geschenke wird freilich die kaum noch erträgliche Raumnot der Bibliothek noch fühlbarer gemacht. Da die Neubaupläne jetzt keine Aussicht auf Verwirklichung haben, denkt man an die Unterbringung in einem der freigewordenen höfischen Gebäude, wahrscheinlich dem Marstallgebäude, in dem ausreichende und helle Verwaltungs- und Bureauräume geschaffen und auch die nötigen Magazine leicht eingebaut werden können. Auch der Lage nach würde diese Lösung als sehr glücklich zu bezeichnen sein.

— **Aus den Theaterbureaus.** Im Opernhause heute 7½ Uhr das III. Sinfonie-Konzert der Kapelle der Staatsoper unter Leitung des Herrn Dr. Richard Strauß. Mittagskonzert hierzu um 12 Uhr.

Im Schauspielhause 6½ Uhr „Maria Stuart" in bekannter Besetzung. Spielleitung: Dr. Bruck.

— **Schall und Rauch.** Direktor Rudolf Kurtz hat für das politisch-literarische Kabarett „Schall und Rauch" im Großen Schauspielhause Heinz Herold und Ernst Stern als künstlerische Beiräte verpflichtet. Die musikalische Leitung liegt in den Händen von Friedrich Hollaender. Die Eröffnung des Kabaretts wird Anfang Dezember erfolgen.

— **Die Dadaisten** werden am Sonntag vormittag 11½ Uhr in der „Tribüne" unter anderem einen von Richard Huelsenbeck verfaßten Sketch „Reklamebureau Bum-Bum-dada" zur Aufführung bringen.

— **Hermann Thimig** muß seinen Vortragsabend im Bechsteinsaal vom 6. Dezember auf Sonntag, 28. Dezember, verlegen, da die Hauptmann-Premiere im Deutschen Theater auf den 6. Dezember angesetzt ist. Die gelösten Karten behalten für das neue Datum ihre Gültigkeit.

— **Joseph Schwarz** sagt seinen Liederabend in der Philharmonie am 11. Dezember ab. Die Karten mit dem Datum des 11. Dezember haben für seinen Liederabend am 8. Januar in der Philharmonie Gültigkeit.

— **Das Konzert im Festsaal des Rathauses** am Sonnabend, 6. Dezember, aus Anlaß des Empfangsabends des Vereins „Berliner Presse" steht nunmehr in seinem künstlerischen Inhalt fest. Es wirken mit: Das Klingler-Quartett (Prof. Karl Klingler, Richard Heber, Fridolin Klingler, Max Baldner), Lola Artôt de Padilla, Heinrich und Katharina Knote. Der Preis der Eintrittskarten beträgt 30 Mk. Karten von heute vormittag ab bei Bote & Bock, A. Wertheim und in der Geschäftsstelle des Vereins, Maßenstraße 15 I (10—4 Uhr).

— **Die Gemälde alter Meister aus der Sammlung Brunander-Berlin,** die gestern durch Paul Cassirer und Hugo Helbing-München im Versteigerungshause Kurfürstendamm 208/209 unter den Hammer kamen, hatten eine große Zahl von Kauflustigen angelockt, die schon an den beiden Tagen vorher bei Lepke aus gleichem Anlaß zusammen waren, hiesige, auswärtige und ausländische Kunsthändler und Privatsammler, und viel Publikum aus Berlin W., das lediglich aus Neugier gekommen war. Eine „Waldlandschaft mit Teich und Mühle" von Lucas van Uden ging für 4100 Mk., ein Marinestück „Stürmische See mit Schiffen" von Wigerus Vitringa für 2000 Mk., eine „Reiterschlacht" von J. Bourguignon für 2000 Mk., eine „Landschaft mit Bauernhof" von David Teniers für 3000 Mk., ein „Musizierendes Liebespaar" von Hubert van der Laemen für 4600 Mk. und „Inneres einer Bauernstube mit lesenden Frauen und Mädchen" von James Lambert für 10 200 Mk. fort. Eine „Madonna mit segnendem Marienkinde", angeblich von Giovanni Antonio Sogliani, erzielte 8400 Mk., eine „Madonna im Blumenkranz" von Jerome van Kessel 5100 Mk., Jan Brueghels „Seepredigt Christi" 7500 Mk. und eine figurenreiche „Kreuztragung Christi" von einem unbekannten niederländischen Meister des 17. Jahrhunderts 2900 Mk. Ein farbenprächtiges Kostümbild „Venezianische Hochzeit" von einem unbekannten Meister, der um das Jahr 1570 im Bereich der Lagunenstadt wirkte, wurde mit 10 000 Mk., eine „Wirtshausszene von Jan Molenaer, in altem Holzrahmen, mit 4000 Mk., „Musizierende Bauern" von Jan Buesen mit 2000 Mk., Egbert van der Poels „Brand von Delft" mit 2000 Mk. und „Schäkernde Jäger" von Adrian Cornelis Beeldemaker mit 2850 Mk. bewertet. Eine „Flußlandschaft" von Frederik de Moucheron kam auf 1000 Mk., ein „Interieur mit Bauern" von Pieter de Bloot auf 1710 Mk., Ludolf Backhuyzens „Fregatten unter Segel" auf 5600 Mk., und die „Begegnung in der Remise" von Joris van der Hagen auf 10 000 Mark zu stehen. Ein männliches und weibliches Bildnis, ein fürstliches Paar darstellend, zwei Gegenstücke von einem deutschen Meister des 18. Jahrhunderts, brachten zusammen 5100 Mk., ein Bürgermeisterbildnis von M. J. Mierevelt 4000 Mk., ein Damenbildnis in der Art des van Ceulen 2000 Mk., das Bildnis eines Edelmannes aus der Schule von Sevilla im 17. Jahrhundert 2400 Mk., ein Bildnis Augusts des Starken von Louis de Silvester, in altem Goldrahmen, 3100 Mk., und das Bildnis der „Müllerstochter von Sanssouci" nach Antoine Pesne 1900 Mk. Ein „Christus als Gärtner" von Bartholomäus Spranger wurde für 6200 Mk., die „Beschneidung Christi" von einem deutschen Meister um 1500 für 2000 Mk., eine „Landschaft mit Viehherden" von Peter Roos für 7400 Mk., eine „Flußlandschaft mit Kirchenruine" von Abraham de Vries für 2400 Mk. und zwei Gegenstücke von Johann Rottenhammer, „Frauen, ihre Juwelen versteckend", und „Badende Frauen" für 700 Mk. verkauft. Die ersten sechzig Bilder der Sammlung brachten die Summe von rund 198 000 Mk.

— **Prof. Schuster-Woldan** legt sein Lehramt an der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste nieder, an die er seinerzeit als Nachfolger Professor Scheurenbergs berufen worden war. Er war bisher Leiter des Malerakisaales und der Kompositionsklasse.

— **Eine Gemäldegalerie in Bayreuth.** Auf den Vorschlag des Generaldirektors der bayerischen Staatssammlungen hat der Stadtrat von Bayreuth, wie im „Cicerone" mitgeteilt wird, die Errichtung einer Gemäldegalerie im dortigen neuen Schlosse beschlossen. Die neue Sammlung, die in der Hauptsache einen historischen Charakter tragen wird, soll die bisher in den verschiedenen Schlössern Bayreuths verstreuten Kunstschätze dauernd vereinigen.

— **Die Hausse auf dem Londoner Kunstmarkt.** Die ungeheuren Preise, die in letzter Zeit auf den Londoner Versteigerungen gezahlt worden sind, zeigen, daß nach dem Kriege auf dem Londoner Kunstmarkt eine besondere Hausse eingesetzt hat. Ueber diese Entwicklung macht ein Aufsatz des „Cicerone" interessante Angaben. Die ersten Kriegsjahre brachten in England eine starke Entwertung des Kunstbesitzes und damit eine Stockung im Auktionswesen. Die hohen Abgaben, die den Besitzenden auferlegt wurden, zwangen manchen, seine Kunstschätze zu veräußern. Auch die in den letzten Jahren ausgegebenen Anleihen veranlaßten die Patrioten, den entbehrlichsten Lebensluxus — das ist Kunst — zum Auktionator zu tragen und dafür papierne Staatsschuldscheine in den Geldschrank zu schließen. Dazu kamen noch die im Krieg häufigen Todesfälle, die durch die in England bestehenden Erbfolgegesetze zahlreiche Entäußerungen zur Folge hatten. So kam es am Schluß des Krieges zu einer förmlichen Ueberflutung des Versteigerungsmarktes bei recht gedrückten Preisen. Dann aber entwickelte sich überraschenderweise eine Haussebewegung. Neben der allgemeinen Entwertung des Geldes und den Bedürfnissen der „neuen Reichen" nach feudal anmutendem Luxus war es vor allem die Steuerfreiheit des Kunstbesitzes, die diesen heute allgemein zu einer begehrten Kapitalanlage macht. So wurden die Preise seit dem Frühjahr 1918 immer mehr in die Höhe getrieben und haben jetzt eine wahre Rekordhöhe erreicht. Das neu erwachte Vertrauen zu dem Londoner Kunstmarkt als internationalem Umschlagsplatz äußerte sich am auffälligsten in der Versteigerung der bedeutenden Sammlung Drummond, die unter Umgehung von New-York im vergangenen Juni in London stattfand. Ausschlaggebend für diese Bevorzugung des englischen Marktes ist dabei die Tatsache, daß seit Februar 1919 in den Vereinigten Staaten vom Verkaufspreis eines Kunstwerkes eine Steuer von 10 pCt. erhoben wird. Davon profitiert der Londoner Markt, während die auf ihm erstandenen Kunstwerke wieder den Weg über den Ozean nehmen. Der Auszug der Kunstschätze nach der Neuen Welt nimmt ja immer größeren Umfang an. So soll auch der Vermeer aus der Sammlung James Simon bei H. C. Frick in New-York gelandet sein. Nicht die ungeheuren Massenverkäufe, die stets den Londoner Kunstmarkt charakterisiert haben, sind es, die die Hausse hervorrufen, sondern die Versteigerungen einiger bedeutender Sammlungen, die in letzter Zeit bei ganz erstaunlich hohen Preisen stattgefunden haben.

Gerichtssaal

— **Zu dem Schmiergelder-Prozeß** wurde gestern der Staatsminister a. D. v. Möller als Zeuge vernommen. Er äußerte sich eingehend über die Organisation der Kriegsleder-Aktiengesellschaft, deren eigentlicher Vater und Vorsitzender des Aufsichtsrats er war. Der Zeuge sollte sich insbesondere darüber aussprechen, ob die Klag als Behörde anzusehen ist oder als geschäftlicher Betrieb im Sinne des § 12 des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb. Der Zeuge bekundet: Die Klag war ein Gefüge, das nicht den Charakter einer Erwerbsgesellschaft hatte, sondern nur den Zweck der Verteilung der Rohhäute verfolgte und etwaige Erträge dem Fiskus abzuliefern hatte. Darin unterschied sich die Klag vor anderen Kriegsgesellschaften. Die Gesellschaft unterstand ihrerseits der Kriegs-Rohhaut-Aktiengesellschaft. Der Betrieb ging in allen Formen eines kaufmännischen Betriebes vor sich. Der Angeklagte Holthaus hat durchaus nutzbringend gewirkt und die im Anfang begreiflicherweise vorhandene Unordnung beseitigt. Ueber die Organisation der Klag wurden noch mehrere Zeugen vernommen, die ähnliche Bekundungen machten. Dazu gehörte auch der frühere Direktor der Klag, Dr. Altenrath. Er hielt es für unzulässig, daß ein Zuteiler sich Provisionen zahlen läßt, da hierdurch leicht Interessenkollusionen entstehen können. Jedenfalls wäre es Pflicht gewesen, den Vorgesetzten Kenntnis davon zu geben, wenn die betreffende Firma gewissermaßen aus moralischen Gründen Provision weiter zahlt. Zu dem springenden Punkt stellten die R.-A. Dr. Klee und Dr. Königsberger den Antrag, den Generaldirektor der A. E. G., Dr. Walter Rathenau, und den Prof. Dr. Klingenberg zu laden. Diese sollen bekunden, was bereits Dr. Klosterlitz ausgeführt hatte, daß die Klag ein staatlicher Betrieb war, dessen Zweck nicht Erwerb war, der vielmehr ausschließlich der Erfüllung öffentlich rechtlicher Pflichten, insbesondere der Landesverteidigung diente. Der Gerichtshof lehnte die Ladung dieser Zeugen ab, da er selbst in der Lage sei, die angeschnittene Frage nach juristischen Momenten und aus seiner eigenen Sachkenntnis heraus zu entscheiden. — Die Beweisaufnahme wurde sodann fortgesetzt.

Sport

Die Trabrennen zu Mariendorf

nahmen am Donnerstag bei schönem Herbstwetter und gutem Besuch ihren Fortgang. Sehr spannend verlief die Hauptnummer, der Große Inländer-Preis. Long B. führte zunächst vor Wohlan und dem heißen Favoriten Erbprinz, fiel aber in der ersten Runde durch einen schweren Fehler auf den dritten Platz zurück. Dadurch erlangte Wohlan die Spitze vor Erbprinz, der dann auf der Gegenseite geschlagen war. Dort rückte Black Jim jr. rasch auf, schritt auf der Zielseite zum Angriff, in den auch der wieder aufgekommene Long B. mit eingriff, blieb aber um einen Kopf von Wohlan geschlagen. Nur einen Hals zurück Long B. Dritter. Der in den Wetten stark vernachlässigte Hengst brachte die Sensationsquote von 640:10 auf Sieg. Den Großen Herrenfahrer-Preis gewann Mikado überlegen; da aber keine Wetten auf ihn angenommen wurden, kamen die Anhänger des heißen Favoriten Anfang zu ihrem Gelde. Im Internationalen Preise sicherte sich Peter I bald die Spitze und gewann leicht gegen den alten Black Jim. Die genauen Resultate waren:

Zweijährigen-Rennen. 7000 Mark. 1500 m. 1. Gest. Germanias Eilzug (Schlayer). 2. Ehrenmann (Lenzer). 3. Manhattan (Neuenfeld). Tot. 37:10. Pl. 14, 20, 20:10. Unpl.: Pechnelke (4), Erbswurst, Eichkatze, Colonel Dillon, Inglaus, Pistole (disqual.). Sehr leicht 8 — 10 L. — **Preis von Südende.** 6000 Mark. 2000 m. 1. Waldbiers Conzelda (Passow). 2. Glodner Silva (keine Wetten). 3. Keser Sphinx (Lichtenfeld). 4. Havel (Fitzen). Tot. 40:10. Pl. 19, 34 (Keser Sphinx), 19 (Havel): 10. Unpl.: Erika III, Ottilie I, Omar, Balkan I, Behrens Linke, Brabant, Simplex. Leicht 2 — 10 L. — **Preis von Schöneberg.** 7000 Mk. 2200 m. 1. Unteroffiziers Carl Kuser (Weidmüller). 2. Traueresche (Gesnes). 3. Meisterin I (Schlayer). Tot. 35:10. Pl. 14, 13, 27:10. Unpl.: Nil, Ottomar (4), Diomedes, Queckengras, Long Stella. Leicht 2 — 3 L. — **Preis von Charlottenburg.** 8000 Mark. 2200 m. 1. Reicherts Nebel (Weiß). 2. Crolus (Großmann). 3. Belle Idolita (Fitzen). Tot. 41:10. Pl. 19, 19, 206:10. Unpl.: Libanon (4), Craddok, Harzburg, Diplomat W., Fräulein von Artillerist, Dohman, Filou, Dr. Gugg, Sphinx Basco I, Vera Violetta, Anita II, Araber (keine Wetten), Sigrun). Kampf Hals — 5 L. — **Großer Inländer-Preis.** 15 000 Mk. 2400 m. 1. Kuschs Wohlan (O. Pohl). 2. Black Jim jr. (Schönrock). 3. Long B. (F. Schulz). Tot.: 640:10. Pl. 79, 23, 24:10. Unpl.: Longino jr., Maximum, Hans Medium, Luise I, Blumenmädchen W., Erbprinz (5), Monarchist, Guy Baron, Holsteinerin II, Gerhard A. Balljunge. Scharfer Kampf Kopf — Hals. — **Großer Herrenfahrer-Preis.** 9000 Mk. 2300 m. 1. Barnewitz' Mikado (Besitzer). [Keine Wetten.] 2. Anfang (F. Werner). 3. Mistelzweig (F. Brandt). 4. Wachtmeister Fritz (Besitzer). Tot. 20:10. Pl. 15, 25, 57:10. Unpl.: Seejungfer, Wenn schon, Feuerball, Volkslied, Fasner I, Dünkirchen, Markstein, Hartenfels, The Bride, Long Eugen, Prinz Regent, Schampus. Ueberlegen 5 — 5 L. — **Internationaler Preis.** 12 000 Mk. 2400 m. 1. Stall Klausners Peter I. (Großmann). 2. Black Jim (Schleusener). 3. True Ring (Fitzen). Tot. 76:10. Pl. 32, 24, 50:10. Unpl.: Chraula, Young Artell jr., Alix, Perikles, Roldorn, Firn, Quarante (4), Erik, Elm Boy, Auktionator, Breton. Leicht, 2 — 2 Lg. — **Preis von Neukölln.** 7000 Mk. 2200 m. 1. Dähnes Strandrose (A. Freundt). 2. Paul B. (Linsing). 3. Deborah W. (Schlayer). Tot. 37:10. Pl. 19, 22:10. Unpl.: Behrens Linke, Fred (als 1. disqual.), Emilie H. (4). Schloßherr (disqual., keine Wetten). Leicht 3 — 1 L.

*

Der Totonmsatz bei den Mariendorfer Rennen belief sich auf 1 205 035 Mk., davon entfallen auf Sieg 731 185 Mk. und auf Platz 473 850 Mk. — Wegen Ungehorsam am Start wurden die Fahrer Passow und Wiesener nach dem Preis von Südende mit je 200 Mk. in Strafe genommen.

— **Zur Konzessionierung der Buchmacher.** Ein Verband, der sich gegründet hat, um die Interessen der Buchmacher bei dem neu einzuführenden Rennwettgesetz zu vertreten, hatte für Donnerstag eine stark besuchte Versammlung nach den Germania-Sälen in Berlin einberufen. Nach einer Begrüßung des Versammlungsleiters sprach Redakteur Löwe über die Stellungnahme der Buchmacher zu dem der Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf zu einem Rennwettgesetz. Redakteur Wollstein sprach dann über die Totonmsätze in Deutschland und schlug keine Konzessionierung, sondern Gewerbefreiheit für das Buchmacherwesen zur Erfassung aller Wetten vor. Nach einer freien Aussprache, an der sich auch Rechtsanwalt Dr. J. Meyer I beteiligte, wurde eine Entschließung angenommen, in der in der Hauptsache darum ersucht wird, daß die National- und die Preußische Landes-Versammlung die neuen Rennwettgesetze bald in Kraft treten lassen mögen. Die Regierungen werden ferner ersucht, sich bei Konzessionierung der Buchmacher nicht allein an die Vorschläge der Obersten Rennbehörde zu halten, sondern auch den Verband zur Förderung der vom Rennwettgesetz berührten Interessenten zu Rate zu ziehen.

Einladung
zur
Generalversammlung
des
Centralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.)
Donnerstag, den 11. Dezember 1919, nachmittags 5 Uhr,
im **Sitzungszimmer des Centralverbands, Berlin NW. 7,** Dorotheenstr. 4.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verbandstätigkeit seit der letzten Generalversammlung.
2. Wahlen zum Ausschuß gemäß § 7 der Verbandssatzung.
3. Aenderungen der §§ 3 und 5 der Satzung betr. Mitgliedschaft und Mitgliederbeiträge.
4. Etwaige Anträge.

Im Auftrage des Vorstands:
Der Vorsitzende:
Dr. **Riesser.** (21383)

Gute **Antiquitäten**
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen
Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstrasse 9
Tauentzienstr. 18 A.

Privat-Tanz-Schule
Frau Oberlt. Sommer.
Erstklassiger Unterricht in allen modernen Tänzen in Zirkeln u. Einzelstunden.
Anmeldung wochentäglich 4—6 Rankestr. 19.
Telefon: Pfalzburg 2598.

Literarisches.

— **Handbuch Börsen-Werte 1919/1920.** (Finanz-Verlag G. m. b. H., Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 47. Preis 30 M.) Soeben erschien die neue Ausgabe des rühmlichst bekannten Nachschlagewerks in erweiterter Gestalt. Während die früheren Ausgaben nur über die an der Berliner Börse gehandelten Werte Auskunft gaben, beschreibt die vorliegende in kurzer prägnanter Form auch eine große Anzahl von Gesellschaften, deren Aktien entweder an den übrigen deutschen Börsen oder im freien Verkehr, umgesetzt werden. Das neue, sich in geschmackvoller, handlicher Form repräsentierende Werk stellt eine Jubiläumsausgabe dar und dürfte allen am Effektenhandel beteiligten Kreisen, wie Banquiers, Industriellen und Kapitalisten, gerade jetzt sehr gelegen kommen. Besondere Sorgfalt ist der Bearbeitung des Adressenmaterials zugewendet worden, wodurch das Buch für die kaufmännische Propaganda einen besonderen Wert erhält.

Marktberichte.

London, 26. November. (W. T. B.) Kupfer per Kasse 95⅝, per 3 Monate 97⅛, Elektrolytic 109 bis 112, Best Selected 112—113, Strong Sheets 150, Zinn per Kasse 295¾, per 3 Mon. 296⅞, Zink 48—48½, Blei 36⅝—36½, Aluminium 150, Antimon 47½, Weißblech 45 sh. bis 45 sh. 6 d., Quecksilber 17½, Wolfram 30/—.

Juwelen
Brillanten, Perlen
kauft zu hohen Preisen
BALISCHANSKY
Friedrichstr. 155, Hochpt. gegenüber dem Victoria-Café. Ztr. 1080.

Zu Hochzeiten,

Vereins- u. Privatfesten verleihe billigst Theater- u. Maskengarderob., Rüstung., Tracht., Uniform., Pauken.
Graf, Berlin, Steinmetzstr. 11.
Ausschneiden! Aufheben!
(21059-78)

Zur Herstellung von
Drucksachen
für jeden Bedarf
empfiehlt sich die
Berliner Börsen-Zeitung
W. 8, Kronenstr. 37
Telefon: Zentrum 2488
Schnellste Lieferung :: Solide Preise

Familiennachrichten.

Verlobt:

Frl. Maria Ebbinghaus mit Hrn. Hermann Lohmeyer (Plettenberg). Frl. Editta Traeger mit Hrn. Hans Hermel (Königsberg). Frl. Dorothea Titze mit Hrn. Walther von Oven (Seitendorf). Frl. Lotte Meyer mit Hrn. Fritz Kauffmann (Grunewald). Frl. Klara Weiler mit Hrn. Siegfried Heinemann (Würzburg). Frl. Regina Jacob mit Hrn. Georg Bertram (Berlin). Frl. Alice Weinberg mit Hrn. Alfred Stern (Aachen).

Verehelicht:

Hr. Kurt Kummer mit Frl. Lotty Neumann (Neukölln). Hr. Faby Schneidermann mit Frl. Regina Baumann (Neuenburg). Hr. Alois Redlich mit Frl. Hedwig Weil (Magdeburg). Hr. Ernst Auschel mit Frl. Hanna Leß (Charlottenburg). Hr. Dr. Martin Lange mit Frl. Erna Uhtide (Berlin). Hr. Dr. Willy Salomon mit Frl. Emmy Elkan (Berlin). Hr. Wolf von Wolff mit Frl. Hilde Christoph (Berlin).

Geboren:

Ein Sohn: Hrn. Heinrich Jeß (Kiel). Hrn. Hansheinrich Blomeyer-Bartenstein (Köln). Hrn. Max O. R. Hoffmann (Wilmersdorf). — **Eine Tochter:** Hrn. Berthold Brandt (Posen). Hrn. Walther Heymann (Bottrop). Hrn. Julius Piontkowski (Myslowitz). Hrn. Erich Frey (Hannover).

Gestorben:

Hr. Otto Frühling (Braunschweig). Hr. Hermann Hagedorn (Göttingen). Hr. Louis Lebrain (Grunewald). Hr. Wilhelm Zottlowitz (Berlin). Hr. Levi Netheim (Hörter). Hr. Hermann Hammerstein (Gardelegen). Hr. Isidor Auerhan (Oldenburg).

Handelsnachrichten

Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein.

Die Abschlußziffern für das Geschäftsjahr 1918/19 haben wir in Nr. 476 B. B.-Z. veröffentlicht. Nach dem Bericht des Vorstandes stellt sich der Betriebsüberschuß auf 7 291 801 ℳ gegen 10 152 625 Mark im Vorjahre. Die Allgemeinen Kosten betragen 2 234 344 ℳ (i. V. 2 899 398 ℳ). Die Anleihe-Zinsen betragen 665 666 ℳ, die Zinsen-Einnahme beträgt dagegen 772 834 ℳ, sodaß sich ein Überschuß von 107 159 ℳ ergibt, gegenüber einer Zinsen-Mehrausgabe von 3967 ℳ im Vorjahre. Für Instandhaltung der Werke waren 467 527 ℳ (i. V. 415 803 ℳ) aufzuwenden. Die Abschreibungen sind auf 3 995 111 ℳ (i. V. 4 500 251 ℳ) bemessen. Für Unterstützungen der zum Heeresdienst eingezogenen Beamten und Arbeiter wurden 176 921 ℳ verausgabt (i. V. 395 024 ℳ). Auf Wertpapiere ergab sich ein Verlust von 901 083 ℳ. Unter Berücksichtigung dieser Zahlen ist für das Jahr 1918/19 ein Verlust von 376 027 ℳ (i. V. Überschuß 1 938 181 ℳ) zu verzeichnen. Unter Heranziehung des Vortrages aus 1917/18 in Höhe von 536 191 ℳ ergibt sich ein Überschuß von 160 164 Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen wird (i. V. 10 % Dividende).

Bei der Abteilung Werne betrug die Kohlenförderung 479 883 to (606 894 to). Verkauft wurden 415 657 to (545 100 to). Der Selbstverbrauch der Zeche betrug 65 520 to (62 094 to). Die Kokserzeugung betrug 112 811 to (146 591 to). Verkauft wurden 112 811 to (146 591 to). Die Ringofenziegelei lieferte an Steinen 4 926 595 Stück (7 319 900 Stück). Abgesetzt sind 4 593 193 Stück (6 771 419 Stück). Der Selbstverbrauch betrug 632 126 Stück (848 401 Stück). Die Wertsumme der Verkäufe stellte sich auf 15 977 994 ℳ (15 278 442 ℳ). Arbeitskräfte waren am Schlusse des Geschäftsjahres 2772 männliche und 78 weibliche vorhanden.

Auf der Abteilung Georgsmarienhütte (Erzbergwerke) betrug die Förderung der eigenen Gruben an Eisenerzen einschl. Zuschlag 140 819 to (155 328 to). Arbeitskräfte waren am Schlusse des Geschäftsjahres 863 männliche und 51 weibliche vorhanden.

Auf der Abteilung Georgsmarienhütte (Hochofenwerk, Martinstahlund Walzwerke) sind hergestellt: Koks 75 650 to (100 930 to), Roheisen 108 390 to (133 900 Tonnen), Martinstahlblöcke 113 450 to (148 290 to), Stabeisen 39 992 to (50 884 to), Eisenguß 1478 to (1321 to), davon verkauft 5 to (18 to). Der Selbstverbrauch der Werke betrug 1441 to (1263 to). Schlackensteine wurden hergestellt 7 419 000 Stück (3 939 000 Stück). Der Versand an Schlacken betrug 46 611 to (44 933 to). Die Wertsumme der Verkäufe hat betragen 41 923 630 ℳ (36 159 873 ℳ). Ausgegeben wurden für Kohlen und Koks einschl. Fracht 13 115 348 ℳ (8 401 005 ℳ). Arbeitskräfte waren am Schlusse des Geschäftsjahres 2597 männliche und 53 weibliche vorhanden.

Bei der Abteilung Osnabrück wurden erzeugt: Halbfabrikate, als Rohstahl usw. 37 025 Tonnen (68 461 to), Fertigfabrikate, als Schienen, Schwellen, Schmiede- und Stahlgußstücke 55 901 to (76 153 to), Gußwaren 3266 to (5013 to), feuerfeste Steine 2501 to (2239 to). Die Wertsumme der Verkäufe hat betragen 45 937 947 ℳ (57 656 247 ℳ). Ausgegeben wurden: für Roheisen einschließlich Fracht 3 030 772 ℳ (3 682 238 ℳ), für Rohstahl 15 847 528 ℳ (13 709 892 ℳ), für Kohlen und Koks 3 376 773 ℳ (3 247 055 ℳ). Arbeitskräfte waren am Schlusse des Geschäftsjahres 2456 männliche und 71 weibliche vorhanden.

Auf der Abteilung Piesberg wurden in den Steinbrüchen gewonnen: bearbeitete Steine 14 656 to (9058 to), unbearbeitete Steine 264 015 to (305 740 to) zusammen 278 671 to (274 798 to). Klammer (Steinabfälle für Eisenbahndämme) 18 258 to (2469 to). Die Wertsumme der Verkäufe der Steinbrüche hat betragen 2 141 768 ℳ (1 333 278 ℳ). Die abgesetzten Fabrikate der Duriltwarenfabrik hatten einen Wert von 436 523 Mark (228 547 ℳ). Der Gesamtwert der Verkäufe stellte sich demnach auf 2 578 291 ℳ (1 561 825 ℳ). Arbeitskräfte waren am Schlusse des Geschäftsjahres 727 männliche und 2 weibliche vorhanden.

Die an fremde Abnehmer abgesetzten Erzeugnisse aller Abteilungen hatten einen Wert von 80 215 554 ℳ gegen 86 097 085 ℳ im Vorjahre. Daneben betrug die Wertsumme der Lieferungen der einzelnen Abteilungen untereinander 26 201 708 Mark gegen 21 559 302 ℳ im Vorjahre.

Auf den verschiedenen Werken des Vereins wurden insgesamt (einschließlich der herangezogenen fremdländischen Hilfskräfte) 9376 männliche und 558 weibliche Arbeiter beschäftigt. Davon feierten wegen Krankheit usw. im Durchschnitt 1032. Am Schlusse des Geschäftsjahres waren 9415 männliche und 255 weibliche Arbeitskräfte vorhanden.

Die Ausgaben für Arbeiterzwecke stellten sich auf 1 604 100 ℳ. Hierzu kommen noch die im Eingang des Berichtes erwähnten Kriegsunterstützungen an Werksangehörige mit 176 921 ℳ. Im Vorjahre wurden gezahlt 1 045 639 ℳ und 395 024 Mark. An Staats- und Gemeindeabgaben sind gezahlt 932 962 ℳ gegen 522 833 ℳ im Vorjahre. Die Umsatzsteuer betrug für das Geschäftsjahr 1918/19 377 154 ℳ gegen 87 188 ℳ im Vorjahre. Die Steuerrücklage für Gewinn- und Zinsscheinsteuerung, welche am 1. Juli 1918 191 083 ℳ betrug, mußte infolge des am 1. August 1918 in Kraft getretenen Gesetzes vom 26. Juli 1918, betreffend Änderung des Reichsstempelgesetzes bedeutend erhöht werden und zwar um 229 193 ℳ, sodaß die Steuer-Rücklage für Erneuerungsscheine am 30. Juni 1919 beträgt 421 175 ℳ.

Nach der Vermögensaufstellung vom 30. Juni 1918 waren die Konten für Grundstücke, Bergwerksgerechtsame, Bauten, Maschinen und Geräte, mit Ausnahme der auf Neuanlagen-Konto gebuchten Beträge, insgesamt belastet mit 29 598 930 ℳ. Die Zugänge auf diesen Konten betrugen einschließlich der Übertragung von den Neuanlagekonten: für Grundstücke, Bergwerksgerechtsame, Bauten 225 383 ℳ, für Maschinen 392 321 ℳ, zusammen 1 317 703 ℳ. Dagegen betrug der Abgang auf dem Gerätekonto 43 674 ℳ, sodaß ein Zugang blieb von 1 274 029 ℳ. Abschreibungen wurden vorgenommen im Betrage von 3 995 111 ℳ, sodaß der Bestand der Anlagekonten am 30. Juni 1919 sich stellt auf 26 877 848 ℳ.

Das Neuanlagen-Konto der Abteilung Georgsmarienhütte war am 30. Juni 1918 belastet mit 183 923 ℳ. Im Jahre 1918/19 sind an weiteren Ausgaben hinzugekommen 695 054 ℳ, sodaß das Neuanlagenkonto am 30. Juni 1919 einen Bestand von 878 977 ℳ aufweist.

Die Veränderungen, welche auf den Betriebskonten vorgegangen sind, ergeben sich aus folgender Zusammenstellung: Kasse und Wechsel 569 034 ℳ (437 790 ℳ), Wertpapiere 5 247 522 ℳ (5 219 864 ℳ), Rohstoffe, Materialien und Waren 16 530 653 ℳ (10 035 896 ℳ), Außenstände 25 722 196 Mark (28 382 688 ℳ), zusammen 45 069 406 ℳ (44 076 238 ℳ). Dagegen betragen gestundete Restkaufgelder 873 290 ℳ (971 421 ℳ) und sonstige Schulden 22 502 908 ℳ (20 625 816 ℳ). Akceptschulde haben sich auf 3 591 323 ℳ (i. V. 2 475 490 Mark) erhöht. Der Bestand des Hypotheken-Anleihen-Kontos für die Anleihen 1902, 1905 und 1907, welcher am 30. Juni 1918 12 452 300 ℳ betrug, hat sich durch ausgeloste, bis zum Schlusse des Geschäftsjahres fällig gewordene Schuldverschreibungen um 614 700 ℳ vermindert auf 11 837 600 ℳ, dagegen aber durch die im Jahre 1918/19 erfolgte Begebung des Restes der Schuldverschreibungen der Anleihe 1905 1 247 700 ℳ nach Abzug der durch Auslosung ausgeschiedenen 38 300 ℳ um 1 209 400 Mark erhöht, sodaß der Bestand am 30. Juni 1919 beträgt 13 047 000 ℳ. Dazu geschuldetes Aufgeld 372 319 ℳ, ab Auszahlungen 1918/19 17 191 ℳ, ergibt als Hypothekenanleiheschuld 13 402 128 ℳ. Von der zum Bau von Wohnhäusern in Rünthe und Evenkamp für Zeche Werne laut Vertrag gegen hypothekarische Sicherheit aufgenommenen Anleihe von 2 700 000 ℳ wurden von den bis zum 30. Juni 1918 abgeholten 2 255 000 ℳ vertragsmäßig getilgt 104 083 ℳ, sodaß die Anleiheschuld am 30. Juni 1919 2 450 917 ℳ betrug. Das Bürgschaftskonto war am 30. Juni 1919 mit 4 542 540 Mark für Bürgschaften, welche von verschiedenen Banken für uns übernommen worden sind, und ferner mit 158 717 ℳ für Sicherheiten, welche von Abnehmern dem Georgs-Marien-Verein gestellt worden waren, belastet. Von den erwähnten 4 542 541 ℳ waren für Bürgschaften in Wirklichkeit nur 4 061 613 ℳ in Anspruch genommen.

Im einzelnen wird über den Betrieb auf den verschiedenen Anlagen ausgeführt:

Abteilung Zeche Werne. In den ersten Monaten des Geschäftsjahres verlief der Betrieb trotz der bestehenden Kriegsschwierigkeiten in ruhigen Bahnen. Durch den Eintritt der Revolution überstürzten sich die Ereignisse. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Streiks und die Unruhen, die gewaltsamen Verhinderungen arbeitswilliger Kräfte an der Arbeit, die allgemeine Arbeitsunlust, wirkten auf die gesamte Erzeugung und auf die Leistung sehr hemmend ein. Starke Lohnsteigerungen und Preissteigerungen aller Materialien verursachten gewaltige Selbstkostenerhöhungen, denen zuerst entsprechende Verkaufspreise nicht gegenüberstanden. Infolgedessen hat der Betrieb unter großen Verlusten gearbeitet. Die durchschnittliche Förderung des Jahres hat einen Rückgang von etwa 20 % erfahren. Der Absatz ging, trotz der Schwierigkeiten in der Wagengestellung, immer glatt von statten, weil im Verkehr mit den anderen Abteilungen der Gesellschaft eigene Wagen aushelfen konnten. Mit dem im vorigen Jahre schon begonnenen Umbau der Feuerungen der Kessel in solche mit Unterwind ist fortgefahren und auf diese Weise eine bessere Verwertung der Abfallprodukte erreicht worden. Die Aus- und Vorrichtungsarbeiten wurden dem Abbaue entsprechend fortgeführt; es sind insgesamt 1280 m Richtstrecken und Querschläge und 358 m Aufbrüche hergestellt worden. In der Gemeinde Rünthe sind die im vorigen Jahre schon in der Ausführung begriffenen Vorflutgräben fertiggestellt. Es konnte dadurch das durch Bodensenkung beeinflußte Gebiet wieder trocken gelegt werden.

Abteilung Georgsmarienhütte. (Erzbergbau.) Für das vorliegende Geschäftsjahr ist eine weitere wesentliche Erhöhung der Selbstkosten gegenüber denen des Vorjahres zu verzeichnen, verursacht durch die Erhöhung der Preise für sämtliche Materialien und durch gesteigerte Löhne. Der Abbau am Hüggel und Schafberg bewegte sich auf den bekannten Mitteln, neue Aufschlüsse sind nicht gemacht. Der Blei- und Blendebetrieb im Tiefbau Perm konnte trotz der schon im Vorjahre erwähnten Verrauhung der Erzmittel infolge des nicht unwesentlichen Anziehens der Blei- und Zinkpreise für das Geschäftsjahr noch aufrecht erhalten werden; doch steht die Einstellung dieses Betriebes bevor. Die Thüringer Manganerzgruben hatten unter starken Arbeiterunruhen und unter ständigen Lohnforderungen zu leiden. Nach Beilegung eines Streikes im Juni/Juli d. J. und Wiedereinführung der Gedingearbeit trat eine Besserung der Verhältnisse ein. Die Braunsteinerzeugung fand glatten Absatz.

Abteilung Georgsmarienhütte. (Hochofenwerk, Stahl- und Walzwerke.) Sämtliche Betriebe hatten im Betriebsjahr unter den Folgen der Revolution und der Demobilmachung (Abtransport der Kriegsgefangenen, Brennstoffmangel, Stockungen in der Rohmaterialzufuhr, Minderleistung der Arbeiter) zu leiden und weisen dementsprechend einen erheblichen Rückgang der Erzeugung auf. Die Umstellung von Kriegs- und Friedensarbeit wickelte sich indessen verhältnismäßig glatt ab, weil wir auch während des Krieges die Fühlung mit unserer Kundschaft nicht verloren hatten und für unsere Erzeugnisse sofort Bestellungen erhielten. Der Mangel an Brennstoff zog hauptsächlich den Hochofenbetrieb in Mitleidenschaft, doch könnten immer hin 8 Hochöfen, wenn auch zeitweilig eingeschränkt, in Betrieb gehalten werden. Das Martinwerk litt außerdem stark unter der unregelmäßigen Belieferung mit Roh- und Betriebsmaterialien; auch gab hier die durch schlechtes Material verringerte Haltbarkeit der Öfen und der schlechte Zustand der durch den Kriegsbetrieb stark mitgenommenen maschinellen Einrichtungen Anlaß zu häufigen Betriebsstörungen und Produktionsausfällen. Die verringerte Erzeugung an Rohstahl und die herrschenden Verhältnisse zogen auch der Produktionsmöglichkeit der Walzenstraßen engere Grenzen. Die Erzeugung an Schlackensteinen konnte etwas erhöht werden; der Nachfrage wurde jedoch nicht genügt. Der Hochofen V ist neu angestellt, der Umbau von Hochofen IV ist in Angriff genommen. Der Ausbau der Kraftanlage wurde durch Mangel an Arbeitern und Baumaterialien, durch langfristige Liefertermine der Maschinenhersteller und die Rückgabe einer aus Belgien stammenden Gasblasemaschine erheblich verzögert.

Abteilung Osnabrück. Die in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres eingetretenen Ereignisse haben auf den Betrieb und die Ergebnisse sehr ungünstig eingewirkt. Durch die erforderlich gewordene plötzliche Umstellung fast sämtlicher Betriebe auf Friedensarbeit verschärften sich die vorher schon schwierigen Verhältnisse noch ganz außerordentlich. Vorübergehend machte sich ein Fehlen an Schmiede- und Stahlguß-Aufträgen geltend, weil eine Anzahl für Heereslieferung erfolgter Bestellungen plötzlich zurückgezogen wurde. Dazu kam dann noch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und die gleichzeitig bei einem größeren Teil der Belegschaft sich geltend machende Unlust zur Arbeit. Später trat infolge der Bergarbeiterstreiks und Unruhen noch eine empfindliche Knappheit an Brennstoffen ein. Die Wiederinstandsetzung der während des Krieges stark beanspruchten und unsachgemäß behandelten Maschinen, zu deren ordnungsmäßiger Instandhaltung es bis dahin an Arbeitskräften gefehlt hatte, erwies sich als ungünstig, notwendig. Durch alle diese Umstände wurde die Erzeugung wesentlich vermindert. Diese ungünstigen Verhältnisse sowie die sprunghafte Erhöhung der Löhne und der Preise aller Materialien, namentlich der Brennstoffe, veranlaßten eine stetige starke Steigerung der Selbstkosten. Eine Aufbesserung der Verkaufspreise, besonders derjenigen für Eisenbahnmaterialien, folgte nur langsam. Wenn durch Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung endlich eine Preiserhöhung erreicht war, so war sie durch die inzwischen schon wieder gestiegenen Selbstkosten meistens überholt.

Abteilung Piesberg. Die Zahl der Belegschaft war im verflossenen Geschäftsjahr erheblichen Schwankungen unterworfen, da nach Entlassung der Kriegsgefangenen im November 1918 die Kriegsteilnehmer unserer einheimischen Belegschaft erst nach und nach an ihre frühere Arbeitsstätte zurückkehrten. Die vor dem Kriege hier beschäftigten ansässigen Leute haben fast alle die Arbeit bei uns wieder aufgenommen. Die Gewinnung konnte infolgedessen im zweiten Geschäftshalbjahr besonders in bearbeiteten Steinen, aber auch in den übrigen Steinsorten gegen das Vorjahr gesteigert werden. Der Absatz war in allen Sorten zufriedenstellend, sodaß fast die ganze Erzeugung abgesetzt werden konnte. In der Hauptsache wurden verlangt: Schottermaterial für die Eisenbahnen, Bruchsteine und Betonmaterial für Küstenbauten und Chaussierungsmaterial für Wegebauten. Auf dem Wasserwege wurden im ganzen 7000 to Steine verfrachtet. Die Beschäftigung im Duriltwerk war das ganze Jahr hindurch recht gut.

Im allgemeinen wird noch bemerkt: Der unglückliche Ausgang des Krieges und die politische Umwälzung hat, wie schon aus den Berichten der Abteilungen hervorgeht, auch unser Unternehmen auf das Schwerste erschüttert. Am meisten wurde unsere Zeche Werne betroffen, die durch spartakistische Umtriebe sowie durch mehrere Streiks sehr zu leiden hatte. Die Verkürzung der Arbeitszeit stieß nur bei den Hochöfen auf keine Schwierigkeiten, da wir bei ihnen die achtstündige Arbeitszeit bereits vor langer Zeit eingeführt hatten. In finanzieller Hinsicht war der Rückgang unserer Valuta von einschneidender Bedeutung. Während des Krieges hatten wir für etwa 3,1 Millionen Kronen schwedische Erze bezogen. Durch die Devisenordnung wurden wir daran gehindert, sie sofort zu bezahlen. Auch konnten wir sie nicht durch Auslandsverkäufe des Stahlwerksverbandes, dem wir angehören, ausgleichen, da dieser die dafür erzielten Devisen dem Reich zur Verfügung stellen mußte. In unserer Bilanz sind diese Schwedenkredite entsprechend der Valuta vom 30. Juni d. J. eingesetzt worden. In der im vorigen Geschäftsbericht erwähnten Steuerbeschwerdesache hat das Oberverwaltungsgericht grundsätzlich anerkannt, daß die Reserve zur Ablösung der Vorrechtsaktien durch die Umwandlung in eine Reserve für Arbeitersiedlungszwecke und Beamtenversorgung nicht kriegssteuerpflichtig geworden sei. Die Angelegenheit ist wegen einiger anderer Punkte an die Berufungskommission zurückgewiesen.

— Notierung ausländischer Wertpapiere an der Berliner Börse. Der Berliner Börsenvorstand wird sich nach Aufhebung des Handelsverbots für die nicht zur Ablieferung an die Reich aufgerufenen ausländischen Wertpapiere (vgl. die gestrige Morgenzeitung) mit der Frage der amtlichen Notierung dieser Effekten erneut beschäftigen. Wahrscheinlich werden auch die russischen Aktien wieder notiert werden, obgleich wir mit Rußland staatsrechtlich noch keinen Friedenszustand haben.

— Neue starke Steigerung der Kurse für ausländische Noten. Die Preise für ausländische Zahlungsmittel setzten an der Kölner Börse gestern abend mit einer erheblichen Steigerung ein, gaben aber im Verlauf der Börse teilweise wieder nach. Pfundnoten wurden mit 188 bis 182 ℳ (184 ℳ), französische Noten mit 470 bis 460 ℳ (450 ℳ), belgische Noten mit 490 bis 470 ℳ (450 ℳ) und holländische Noten mit 1700 ℳ (1650 ℳ) bezahlt.

— Von der Leipziger Börse. Zum Handel und zur Notiz an der Leipziger Börse zugelassen wurden 20 000 000 ℳ unverloste 4 % Kommunalobligationen der Preußischen Central-Bodencredit-A.-G. in Berlin vom Jahre 1912.

— Zahlung der Zölle in Gold. Das Aufgeld beträgt für die Kalenderwoche vom 30. November bis 6. Dezember einschließlich 775 % (wie in der Vorwoche).

— Zur Frage der Kapitalmarktkontrolle berichtet die „Frkf. Ztg.": Die seit einigen Wochen im Gange befindlichen Verhandlungen der Reichsbehörden scheinen dahin zu führen, daß nicht auf Beibehaltung der Aktien-Ausgabe-Kontrollvorschrift vom 2. Dezember 1917 verzichtet wird, sondern nur die Aufhebung des Genehmigungszwanges für Teilschuldverschreibungen vom 8. März 1917 bevorsteht.

— Neue italienische Anleihen. Aus Rom, 26. November, meldet uns ein Drahtbericht: Ein Dekret ermächtigt zur Ausgabe einer sechsprozentigen Anleihe zum Kurse von 87,50 %. Die Anleihe genießt die gleichen Vorrechte wie die früheren Anleihen.

*

Der Emissionskurs der neuen 5 % italienischen Anleihe beträgt nach einer Zürcher Meldung 65½ %.

— Anleihe der Stadt Baden-Baden. In der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Baden-Baden wurde der Stadtrat ermächtigt, eine neue Anleihe von 8 Mill. Mark in geeigneten Teilbeträgen aufzunehmen. Die Tilgung soll in den nächsten 42 Jahren erfolgen.

— Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.). Der Verband beruft laut Bekanntmachung im Inseratenteil der vorliegenden Nummer seine diesjährige ordentliche Generalversammlung auf den 11. Dezember nach Berlin, Dorotheenstr. 4, ein.

— Commerz- und Discontobank — Eisleber Discontogesellschaft in Eisleben. Die letztere Gesellschaft beruft auf den 22. Dezember cr. eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: Genehmigung der Übertragung des Vermögens der Eisleber Discontogesellschaft in Eisleben als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation gemäß § 306 Handelsgesetzbuchs auf die Commerz- und Discconto-Bank in Hamburg-Berlin dergestalt, daß für je nom. 600 ℳ Aktien der Eisleber Discontogesellschaft mit Dividendenschein für 1919 und folgende eine Aktie der Commerz- und Disconto-Bank im Nennwerte von 1000 ℳ mit Dividendenschein für 1919 und folgende gewährt wird. Beim Umtausch ihrer Aktien in Commerz- und Disconto-Bank-Aktien erhalten die Kommanditisten der Eisleber Discontogesellschaft außerdem 5 % des Nennwertes ihrer Aktien in bar ausgezahlt. Nachdem die Commerzbank erst kürzlich die Akt.-Ges. Creditbank in Duisburg aufgenommen hat, faßt das Institut nunmehr auch in Mitteldeutschland festen Fuß durch den Erwerb der zwar nicht sehr großen, aber alt eingeführten (das Institut ist 1858 gegründet worden) Eisleber Discontogesellschaft. Das Aktienkapital dieser Firma beträgt 900 000 ℳ. Zum Erwerb hat die Commerzbank demnach 1500 Aktien auszuhändigen. Unter Berücksichtigung der 5 % Barzahlung und unter Zugrundelegung des heutigen Aktienkurses der Commerzbank-Aktien würde sich der Gegenwert des ganzen Geschäfts auf 2 055 000 ℳ stellen. Nach der Bilanz per 31. Dezember 1918 beliefen sich die Kreditoren der Eisleber Discontogesellschaft auf 22 063 129 ℳ. Das Institut hat eine stetige Dividendenpolitik verfolgt. Der Dividendensatz hat sich im letzten Jahrzehnt zwischen 13 und 16 % bewegt.

— Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt A.-G. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung, in der 26 Aktionäre mit 11 486 Stimmen vertreten waren, wurde der Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Aktienkapitals von 15 000 000 Mark auf 20 000 000 ℳ einstimmig genehmigt. Ferner wurde beschlossen, die neuen Aktien den alten Aktionären durch Vermittlung eines Konsortiums unter Führung des Bankhauses S. Bleichröder, Berlin, im Verhältnis von 3:1 zum Kurse von 113 % zum Bezuge anzubieten. Wie die Direktion mitteilt, ist der Geschäftsgang der Bank außerordentlich rege und es ist anzunehmen, daß mit einer Dividende mindestens im Umfange der vorjährigen gerechnet werden kann (i. V. 6½ %).

— Bevorstehende Erhöhung der Kohlenpreise. Auf den 1. Dezember beruft das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat eine Zechenbesitzerversammlung ein, auf deren Tagesordnung auch die Besprechung der Preisfrage steht. Bekanntlich ist die Beschlußfasung über die Preisfrage wiederholt vertagt worden, weil das Reichswirtschaftsministerium zunächst Erhebungen über die Selbstkosten der Zechen und die Notwendigkeit weiterer Kohlenpreiserhöhungen vornehmen wollte. Diese Erhebungen sind inzwischen abgeschlossen worden, und es ist damit zu rechnen, daß in der bevorstehenden Zechenbesitzerversammlung eine wesentliche Erhöhung der Kohlenpreise für Dezember vorgenommen wird. Außer mit der Preisfrage wird sich die Zechenbesitzerversammlung auch mit der weiteren Verteilung des Ausgleichsfonds befassen, sowie mit einem Antrage der Bergbaugesellschaft Königsborn auf Austausch von Grubenfeldern mit der Gewerkschaft Bramey. Die Gewerkschaft Bramey, deren Kuxe sich in der Hauptsache im Besitz von Königsborn befinden, verfügt über verschiedene noch nicht abgeschlossene Grubenfelder, die teilweise mit Königsborn marksscheiden.

— Neue Einschränkung des Landabsatzes der Ruhrkohlenzechen. Um die gegenwärtig wieder günstigeren Transportverhältnisse anzumutzen, hat die amtliche Verteilungsstelle für Ruhrkohlen angeordnet, daß ab 1. Dezember bis auf weiteres im Landabsatz nur bis zur Hälfte der im Oktober dieses Jahres abgegebenen Mengen geliefert werden darf. Bei der Ausgabe von Landabsatzscheinen soll in erster Linie auf die örtlichen Interessen Rücksicht genommen werden.

— Köln-Neuessener Bergwerksverein — Gewerkschaften Trier und Hermann. An der gestrigen Essener Börse verlautete von einer beabsichtigten Angliederung der Bergwerksgesellschaften Trier und Hermann an den Köln-Neuessener Bergwerksverein. Auf diese Gerüchte hin wurden die Kuxe der beiden Gewerkschaften zu steigenden Kursen in großen Posten aus dem Markt genommen. Trier stieg bis 15 300 ℳ und Hermann bis 8400 ℳ.

— Warsteiner Gruben und Hüttenwerke Aktien-Gesellschaft zu Warstein in Westfalen. Dem Bericht für das Geschäftsjahr 1918/19 zufolge waren die wirtschaftlichen Verhältnisse in den ersten Monaten des Berichtsjahres gut. Bis zum Ausbruch der Revolution war der Betrieb auf allen Abteilungen im großen und ganzen ein geregelter. Im November 1918 trat dann ein Umschwung ein. Die Stockung des Bahnverkehrs machte es unmöglich, die benötigten Mengen Brennstoff und andere Rohmaterialien herbeizuschaffen, sodaß einzelne Abteilungen zeitweilig zum Stilliegen kamen. Wenn in den Zufuhren auch nach einigen Wochen eine kleine Besserung eintrat, so ist dennoch die Produktion gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgeblieben. Die Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie die allgemeinen Unkosten haben sich in einem Ausmaße erhöht, wie man es früher nicht für möglich gehalten hätte, wodurch das Betriebsergebnis weiter ungünstig beeinflußt worden ist. Die außerordentliche Generalversammlung vom 27. Juli vorigen Jahres hat die Erhöhung des Grundkapitals um 300 000 ℳ auf 2 400 000 ℳ beschlossen. Die neuen Aktien nehmen ab 1. Juli 1918 an der Dividende teil. Die Kriegsgewinnsteuer für das Berichtsjahr ist, wie in den Vorjahren, vorweg in Abzug gebracht. Der Betriebsgewinn der vier Werke beträgt 520 239 ℳ (i. V. 1 188 858 ℳ). Nach Verwendung von 237 336 ℳ (176 504 ℳ) zu Abschreibungen verbleibt einschließl. 152 669 ℳ (149 234 ℳ) Vortrag ein Reingewinn von 414 598 ℳ (727 084 ℳ), aus welchem bekanntlich eine Dividende von 10 % = 240 000 ℳ (i. V. 25 % = 525 000 ℳ) verteilt werden soll. Der Talonsteuer werden 21 000 ℳ (—) überwiesen. Der Aufsichtsrat erhält 16 590 ℳ (49 385 ℳ) Tantieme. Auf neue Rechnung werden 158 008 ℳ (152 699 ℳ) vorgetragen. Nach der Bilanz betragen: Materialien 950 778 ℳ (408 652 ℳ), Fabrikate 165 401 ℳ (369 618 ℳ), Buchforderungen 1 069 262 ℳ (1 104 917 Mark), Bankguthaben 742 853 ℳ (2 120 779 ℳ), Effekten 1 778 890 ℳ (1 350 400 ℳ) und anderersseits Kreditoren einschließlich Kriegssteuer 1 893 191 ℳ (2 393 813 ℳ). Wie sich die Verhältnisse im laufenden Geschäftsjahr gestalten werden, ist nicht abzusehen. Für die nächsten Monate liegt zwar ausreichende Beschäftigung vor, jedoch macht die Beschaffung von Brennstoff und sonstigen Rohmaterialien große Schwierigkeiten.

— Schwelmer Eisenwerk, Müller & Co., A.-G. zu Schwelm. Die Einnahmen auf Werksbetriebskonto belaufen sich auf 1 374 210 ℳ (i. V. 2 521 093 ℳ), wozu noch 120 840 ℳ (80 792 ℳ) Zinsen treten. Nach Abzug von 768 546 ℳ (948 152 ℳ) Unkosten und insgesamt 399 950 ℳ (561 153 ℳ) Abschreibungen verbleibt einschließlich 215 056 ℳ (263 885 ℳ) Vortrag ein Reingewinn von 541 610 ℳ (1 891 416 ℳ), aus dem bekanntlich 10 % (16 %) Dividende

verteilt und 202 709 ℳ (219 056 ℳ) neu vorgetragen werden sollen. Dem Bericht des Vorstandes zufolge war die Gesellschaft nach Aufhören der Heereslieferungen auf die Friedensartikel angewiesen. Für einzelne Abteilungen des Betriebes wurden Aufträge hereingenommen, die für diese genügend Arbeit brachten, indessen wurde die Ausführung der Aufträge durch Kohlen- und Materialmangel fortgesetzt gehemmt. Eine Abteilung des Betriebes, die bei Beginn des Krieges stillgelegt werden mußte, konnte bis jetzt noch nicht wieder in Betrieb gesetzt werden, weil die hierfür erforderlichen Materialien und Betriebsstoffe nicht zu erlangen waren. Die **Nachfrage** in den alten Artikeln ist zwar eine **ziemlich rege**, jedoch ist es leider nicht möglich, den Wünschen der Kundschaft auch nur annähernd zu entsprechen, da die Schwierigkeiten in der Beschaffung der erforderlichen Fabrikationsmaterialien und der Brennstoffe sich weiter erhöht haben und infolgedessen die volle Ausnutzung des Betriebes unmöglich ist. Nach der heutigen politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist eine Besserung vorläufig nicht zu erwarten, eher wird mit einer weiteren **Verschlechterung** der Verhältnisse zu rechnen sein. Nach der **Bilanz** betragen Kreditoren 1 617 404 ℳ (1 214 636 ℳ), andererseits Debitoren 942 363 ℳ (994 938 ℳ), Wertpapiere 828 442 ℳ (1 086 757 ℳ), Wechsel 835 808 ℳ (7888 ℳ), Warenbestände 389 551 (487 767 ℳ).

— **Maschinenbau-Aktiengesellschaft Golzern-Grimma.** Nach dem Bericht des Vorstandes haben sich der für Deutschland unglückliche Ausgang des Weltkrieges und die Revolution mit ihren das gesamte Wirtschaftsleben schädigenden Folgen auch für das Unternehmen sehr fühlbar gemacht. Nur die besonders günstigen Ergebnisse der ersten Monate des Geschäftsjahres gestatten, einen befriedigenden Abschluß vorzulegen. Einschließlich des Vortrages von 65 697 ℳ aus dem Vorjahre ergibt sich ein Rohgewinn von 246 500 ℳ (567 018 ℳ i. V.), hiervon werden für Abschreibungen 82 340 ℳ (84 981 ℳ) verwendet, sodaß ein Reingewinn von 214 160 ℳ (482 037 ℳ) zu folgender Verteilung verbleibt: Gewinnanteile und Vergütungen an Vorstand und Angestellte 30 000 ℳ (95 000 ℳ), **20 % Dividende** (i. V. 20 % Dividende und 10 % Bonus) 146 000 ℳ (219 000 ℳ), Tantieme an den Aufsichtsrat 16 311 ℳ (31 644 Mark), Vortrag auf neue Rechnung 21 849 ℳ. Der seit Jahren schwebende Prozeß mit einer italienischen Firma ist im vergangenen Geschäftsjahre von der Gesellschaft durch Zahlung einer Vergleichssumme erledigt worden. Die **vorliegenden Aufträge** geben allen Abteilungen des Werkes auf eine Reihe von Monaten volle Beschäftigung. Ueber das Ergebnis des neuen Geschäftsjahres läßt sich jedoch nichts Bestimmtes voraussagen; es ist ganz von der weiteren Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage und im besonderen von der Rohstoff-Versorgung sowie von den Lohnverhältnissen und anderen Umständen abhängig. Laut **Bilanz** verfügte die Gesellschaft am 30. Juni über 524 654 ℳ (i. V. 509 583 ℳ) Magazinvorräte und vorrätige Arbeiten, 1 667 671 ℳ (1 602 830 ℳ) Außenstände, 39 521 ℳ (3209 ℳ) Kassenbestand, 804 421 ℳ (954 536 ℳ) Wertpapiere, 2000 ℳ (52 274 ℳ) Wechselbestand und 36 600 ℳ (18 000 ℳ) Beteiligung. Dagegen hatten Gläubiger 1 808 574 ℳ (1 848 363 ℳ) zu fordern, darunter 647 055 ℳ (246 897 ℳ) Anzahlungen auf bestellte Maschinen.

— **Schladitz-Werke A.-G. in Dresden.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 23. Dezember einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer **Dividende** von **17** % (i. V. 20 %) auf die **Vorzugsaktien** und **12** % (i. V. 15 %) auf die **Stammaktien** sowie die Gewährung eines **Bonus** von je **100 Mark** 4½ % Deutscher Reichsschatzanweisungen auf je 1000 Mark beider Aktiengattungen vorzuschlagen. Ferner wird die bereits angekündigte **Erhöhung des Grundkapitals** um 500 000 ℳ auf 1,8 Mill. Mark beantragt. Die neuen Aktien sollen den Vorzugsaktionären gegen Verzicht auf ihre Vorzugsrechte zum Kurse von 116 % im Verhältnis 1 : 1 zum Bezuge angeboten werden. Die letzte Kapitalserhöhung erfolgte im Dezember 1916 um 225 000 ℳ in 225 Stammaktien, die von Gebr. Arnhold in Dresden zu 110 % übernommen und den alten Aktionären im Verhältnis von 4 : 1 zu 112,50 % angeboten wurden.

— **Franz Seiffert & Co., Aktiengesellschaft in Berlin.** Die gestrige außerordentliche Generalversammlung hatte sich mit dem Antrage der Verwaltung auf **Erhöhung des Grundkapitals** um 1,7 auf 4 Mill. Mark zu beschäftigen. Zur Begründung führte der Vorsitzende Direktor **Hirte** aus, daß die Verwaltung außer der Kapitalserhöhung auch die Ausgabe einer hypothekarisch sicherzustellenden **Anleihe** von 2 Mill. Mark in Aussicht genommen hat, sodaß die Gesellschaft durch diese Maßnahmen neue Mittel im Betrage von 4 Mill. Mark enthält. Für ihre Entschließungen seien folgende Erwägungen maßgebend gewesen: Als Abnehmer für die Erzeugnisse der Gesellschaft, hauptsächlich Herstellung und Verlegung kompletter Dampfrohrleitungen nebst Zubehör kommen die für den Export arbeitenden Großindustrien, insbesondere der Kohlen- und Kalibergbau und die chemische Industrie in Betracht. In der Vorkriegszeit ging auch ein großer Teil der Gesellschaftserzeugnisse in das Ausland. Während der Kriegszeit war das Werk mittelbar und unmittelbar ausschließlich für Heereszwecke beschäftigt. Dies hatte eine Vernachlässigung der sonstigen Kundschaft, deren Bedarf während der Kriegsjahre fast ungedeckt blieb, zur Folge. Heute müsse das Streben der Verwaltung darauf gerichtet sein, die alten Beziehungen wieder aufzunehmen. Der einheitliche Bedarf stellt große Anforderungen an das Unternehmen, auch wird sich für die Gesellschaft in dem zerstörten Kriegsgebiet eine erhebliche Geschäftsmöglichkeit ergeben. Vor allem aber müsse das Unternehmen die Beziehungen zum Auslande wieder anknüpfen, wohin in der Vorkriegszeit nahezu 50 % seines Absatzes gingen. Es muß daher nicht nur seine Erzeugung erhöhen, um dem steigenden Bedarf zu entsprechen, auch zwingt die Entwicklung des Arbeitsmarktes dazu, die gewaltig gestiegenen Erzeugungskosten durch technische Vervollkommnung der Betriebseinrichtungen herunterzudrücken, um konkurrenzfähig zu bleiben. Um diese Ziel zu erreichen, ist zunächst erforderlichlich, den Bau eines eignen Bahnanschlußgeleises von Bahnhof Eberswalde nach dem Werk vorzunehmen, der bereits begonnen ist. Die Kosten hierfür einschließlich Grunderwerb und einer durch die Gleisanlage notwendig gewordenen großen Versandhalle belaufen sich auf über 2 Mill. Mark, die denflüssigen Mitteln der Gesellschaft entnommen werden. Es erweist sich ferner als notwendig der Bau eines neuen Kesselschmiedegebäudes, der Bau einer Schieferfabrik, die Erweiterung der Ventilfabrik und die Anlage einer Wohnhaussiedlung für die Arbeiterschaft, da diese zurzeit nicht genügend Unterkunft in der Umgebung des Werkes finden kann. Wenngleich die Baukosten zurzeit sehr hohe sind, so glaubt die Verwaltung dennnoch, zur Ausführung der Wojlerwogenen Pläne schreiten zu sollen, denn einmal sind die Aussichten sehr geringe, daß in absehbarer Zeit sich die Bauherstellungskosten senken werden, zum anderen aber — das erschien als der wichtigste Grund — würde dem Unternehmen die Möglichkeit genommen werden, die ihm zugehenden Aufträge prompt und exakt zu erledigen, wenn ihm die zur Ausführung der Arbeiten notwendigen Arbeiterräume fehlen.

Die Beschäftigung der Fabrik ist eine zufriedenstellende und es sprechen auch alle Anzeichen dafür, daß für die nächsten Jahre der Gesellschaft Aufträge in genügendem Umfange zugehen werden. Die Versammlung, in der ein Kapital von 1 161 000 ℳ vertreten war, erklärte sich mit der Kapitalserhöhung einverstanden und genehmigte die damit im Zusammenhang stehende Abänderung des Statuts. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1920 ab an der Dividende teilnehmen, werden von einem unter der Führung der Commerz- und Disconto-Bank stehenden Konsortium zum Kurse von 142½ % mit der Verpflichtung übernommen, sie den Besitzern alter Aktien zum Kurse von 150 % im Verhältnis von 2 : 3 zum Bezuge anzubieten. Die neu auszugebende Obligationsanleihe wird zu 4½ % verzinslich und zu 102 % rückzahlbar sein.

— **G. Seebeck Aktiengesellschaft in Geestemünde.** Die Gesellschaft hat, laut Meldung aus Bremen, ihren Betrieb wegen Kohlenmangels auf unbestimmte Zeit stillgelegt.

— **Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft.** Der Aufsichtsrat wird der am 19. Dezember stattfindenden Generalversammlung eine **Dividende** von **10 %** (wie im Vorjahre) vorschlagen.

— **Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin.** Für die Aktien der Gesellschaft sollen ab 1. Dezember auch fortlaufende variable Notierungen an der Berliner Börse vorgenommen werden.

— **Lech-Elektrizitätswerke A.-G. in Augsburg.** Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1918/19 ergab nach Abschreibungen von 163 736 ℳ (i. V. 40 798 ℳ) und einem Kursverlust auf Effekten von 52 097 ℳ (0) einen Reingewinn von 1 379 441 ℳ (1 194 889 ℳ), woraus die Verteilung einer **Dividende** von wieder **8** % vorgeschlagen wird.

— **Badische Anilin- & Soda-Fabrik, Ludwigshafen a. Rhein.** Die Gesellschaft gibt durch Rundschreiben bekannt, daß 1. Herr Hermann **Schmitz**, früher Direktor der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft Frankfurt a. M., nach freundschaftlicher Verständigung mit dieser Gesellschaft als Direktor in ihren Vorstand eingetreten ist. 2. Zu Prokuristen sind die Herren Ernst **Felle**, Adolf **Hildebrand**, Dr. Richard **Just**, Gustav **Kuhweide**, Dr. Ernst **Schwarz**, Hugo **Toepffer** und Rudolf **Voigt** ernannt. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Herr Kommerzienrat **Brunck** sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt sieht, mit Ende dieses Jahres aus dem Vorstand auszuscheiden.

— **Byk-Guldenwerke Chemische Fabrik Aktiengesellschaft in Piesteritz bei Wittenberg (Bez. Halle).** Die gestern hier in den Räumen der Nationalbank für Deutschland abgehaltene ordentliche Generalversammlung, in der vier Aktionäre ein Kapital von 2 264 000 ℳ vertraten, genehmigte ohne Erörterung die Jahresrechnung für 1918/19 und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 % fest. Auf Anfrage teilte die Verwaltung mit, daß in den mit 3,4 Mill. Mark ausgewiesenen Kreditoren die Kriegsgewinnsteuer und die vertragsmäßigen Vergütungen an Angestellte enthalten sind. Bankschulden und Bankguthaben dürften sich am 30. Juni 1919 die Wage gehalten haben. Das Unternehmen in Bieberich, das sich im besetzten Gebiete, im Brückenkopf von Mainz, befindet, habe man verkauft, weil der Betrieb unter großen Schwierigkeiten zu leiden hatte und nur mit großen Unkosten aufrechterhalten werden konnte. Der Verkauf ist mit einem guten Nutzen gegen den Buchwert erfolgt und die Bezahlung hat bereits stattgefunden. Wie die Verwaltung weiter mitteilte, ist die Beschäftigung in allen Abteilungen eine recht befriedigende. Auf der anderen Seite ist aber damit zu rechnen, daß die Steigerung der Selbstkosten durch Erhöhung der Löhne und Gehälter usw. noch weiter fortschreiten wird. Wenn aber der Betrieb ungestört arbeiten kann und gewaltsame Behinderungen ausbleiben, so glaube die Verwaltung, auch für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können. Die beantragten Abänderungen des Statuts wurden genehmigt. Hervorzuheben ist, daß die feste Vergütung für den Aufsichtsrat, die bisher 1000 ℳ für jedes Mitglied und Jahr betrug und auf den zehnprozentigen Anteil am Reingewinn in Anrechnung zu bringen war, nunmehr auf 4000 ℳ für den Vorsitzenden und 2000 ℳ für jedes weitere Mitglied und Jahr festgesetzt wird und nicht mehr auf den prozentualen Anteil am Reingewinn angerechnet wird. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die ausscheidenden Mitglieder Bankdirektor Dr. Hjalmar **Schacht**, Fabrikbesitzer Felix **Thierfelder** (Leipzig) und Ernst **Gulden** (Leipzig) wiedergewählt.

— **Rheinisch-Westfälische Sprengstoffwerke A.-G., Köln.** In der gestern in Köln abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde die beantragte **Kapitalserhöhung** um 13 Mill. Mark auf 26 Mill. Mark genehmigt. Die vom 1. Januar 1920 an dividendenberechtigten Aktien sollen zu einem Kurse von nicht unter 110 % unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrecht der Aktionäre begeben werden. Wie die Verwaltung ausführte, liege diese Kapitalserhöhung in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Während des Krieges habe die Gesellschaft nur für Kriegszwecke gearbeitet. Durch den Ausgang des Krieges und den Friedensvertrag sei sie gezwungen, ein vollkommen **neues Betätigungsfeld** zu suchen. Diese Umstellung habe bisher große Kosten verursacht und werde auch weiterhin große Mittel erfordern. Die Verwaltung habe es deswegen für angebracht gehalten, rechtzeitig für die Bereitstellung flüssiger Mittel Sorge zu tragen.

— **Eduard Lingel, Schuhfabrik A.-G. in Erfurt.** Die gestrige ordentliche Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Dividende von 12 %. Ueber die beabsichtigte **Kapitalserhöhung** von 3 500 000 ℳ konnte ein Beschluß nicht gefaßt werden, weil die erforderliche Stimmenzahl nicht vertreten war. Die anwesenden Aktionäre erklärten sich im Prinzip mit der Kapitalserhöhung einverstanden. Die Entscheidung soll baldigst in einer außerordentlichen Generalversammlung herbeigeführt werden.

— **Textilverwaltung Aktiengesellschaft in Berlin.** In den Räumen des Bankhauses S. **Bleichröder**, Berlin, fand dieser Tage die Gründung einer **neuen Aktiengesellschaft** mit einem voll eingezahlten Kapital von 5 000 000 ℳ statt, die den Betrieb, die Verwaltung und Finanzierung von Handels- und Fabrikationsgeschäften, vorzugsweise auf dem Gebiete der Textil-Industrie zum Gegenstande hat. Die neue Gesellschaft, deren Firma Textilverwaltung Aktiengesellschaft lautet, wird das deutsche Textilgeschäft nach Kräften zu fördern suchen und sich zu diesem Zwecke mit dem Import von Rohstoffen, mit der Finanzierung von Textilunternehmungen und mit ähnlichen Transaktionen, die zur Aufrechterhaltung und Belebung des deutschen Textilgeschäftes dienen, befassen. Zum Vorstand ist der Kaufmann Erich **Horschig** bestellt, während den ersten Aufsichtsrat die Herren Fabrikbesitzer Joseph **Blumenstein**, Arthur **Guttmann**, vom Hause S. Bleichröder, Geheimer Kommerzienrat Dr. Eduard **Simon**, und Dr. jur. August **Weber** bilden.

— **Leipziger Spitzenfabrik Barth & Co. Aktiengesellschaft in Leipzig.** Die gestrige Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 % fest und genehmigte den **Verschmelzungsvertrag mit der Deutschen Spitzenfabrik** unter den bekannten Bedingungen. Ferner wurde die **Erhöhung des Aktienkapitals** um 1 000 000 auf 2 000 000 ℳ zur Durchführung der Fusion sowie Stärkung der Betriebsmittel beschlossen. Die nach dem Umtausch übrig bleibenden Aktien sollen den Aktionären zu 115 % im Verhältnis 2 : 3 überlassen werden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Bankier **Süßkind**, bisheriges Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Spitzenfabrik.

— **Färberei Glauchau, Aktiengesellschaft in Glauchau.** Die Aktien dieses Unternehmens sind in den letzten Tagen erheblich gestiegen, und zwar auf Gerüchte über eine zu erwartende Dividende von 20 % und darüber. Wie wir erfahren, trifft diese Schätzung bei weitem nicht zu, sodaß vor übertriebenen Erwartungen, um Enttäuschungen zu vermeiden, gewarnt werden muß. Auch kommt eine Kapitalserhöhung, wie sie in Börsenkreisen besprochen wurde, nicht in Frage. Zurzeit liegt für eine solche gar kein Bedürfnis vor und die Verwaltung ist auch bisher in keine Erörterung über eine Erhöhung des Aktienkapitals eingetreten.

— **Brauhaus Nürnberg.** Nach dem Bericht des Vorstandes für 1918/19 hatte die Gesellschaft mit noch größeren Betriebsschwierigkeiten zu kämpfen wie in den Vorjahren. Besonders hervorzuheben ist die sehr mangelhafte Belieferung mit Qualitätskohle. Man war hauptsächlich auf die geringwertigste Kohle angewiesen, die nicht nur sehr teuer war, sondern auch zeitweise die Betriebsführung gefährdete. Auch alle sonstigen Bedarfsgegenstände, Futtermittel und Reparaturen, haben fortgesetzte Preissteigerungen erfahren und die Gehälter sowie die Löhne mußten wiederholt erhöht werden. Infolge dieser vermehrten Ausgaben weist der Bruttogewinn, obwohl dieser durch Zinsen- und Mieteeinnahmen günstig beeinflußt wurde, eine wesentliche Minderung auf. Es hat sich die Gelegenheit geboten, das seit langen Jahren aufgelassene Kellerei-Anwesen der ehemaligen **Liebelschen Brauerei** an der Johannisstraße und ein ebenfalls außerhalb der Betriebe gelegenes Grundstück an der äußeren Rollnerstraße zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Dieser Vorgang hat den Betrag der Kaufschillingsreste erhöht. Durch den günstigen Verkauf eines Privathauses in Eibach, eines Grundstückes in Grafenwöhr und einer Anzahl Wirtschaftsanwesen in Nürnberg, für die sich die Gesellschaft die Bierlieferung gesichert hat, hat sich das Immobilien-Konto B sowie das Hypotheken-Konto B ganz wesentlich vermindert. Infolgedessen wird eine 1%ige Abschreibung auf Immobilien-Konto B für genügend erachtet. Die Erhöhung der Hypothek-Debitoren ist zum Teil auf den Verkauf der Wirtschaftsanwesen zurückzuführen. Obwohl man durch den Verkauf älterer entbehrlicher Gärbottiche ansehnliche Preise erzielt hätte, hielt man die Umarbeitung derselben zu kleinen Transportfässern, die man zu teueren Preisen anzuschaffen gezwungen gewesen wäre, schon in bezug auf die Qualität für zweckmäßiger. Der Abgang auf Lager- und Gärgefäße-Konto (12 180 ℳ) und der Zugang auf Transportfässer-Konto (34 331 ℳ) sind hierdurch veranlaßt. Auf dem Fuhrpark-Konto treten außer dem notwendigen Ankauf einer Anzahl Pferde in der Hauptsache die Anschaffungskosten für einige Lastkraftwagen, die der ausgedehnte Betrieb erheischte, in Erscheinung. Das Interims-Konto auf der Aktiv-Seite enthält die vorausbezahlten Steuern und Versicherungsbeiträge, ferner die per 1. Oktober dieses Jahres an uns zu entrichtenden Hypothek- und Darlehenszinsen sowie die Pacht- und Mietegelder. Auf der Passiv-Seite des Interims-Kontos erscheinen die Beträge der rechnerisch festgestellten, noch nicht zur Zahlung fälligen Passiv-Hypothekzinsen sowie die noch nicht erhobenen Zinsen aus Kautionen und Guthaben der Kundschaft. Die laufenden Außenstände sind infolge der am 1. Juli ds. Js. in Kraft getretenen Erhöhung der Biersteuer gestiegen. Die **Aussichten** für das laufende Geschäftsjahr sind sehr unklar. Nicht nur, daß die Gerstenpreise wesentlich hinaufgesetzt wurden, es stellen sich auch die Mälzungskosten höher und alle sonstigen Betriebsausgaben steigen fortwährend. Gegenüber den jetzigen Preisen für Hopfen, die geradezu unerschwinglich zu nennen sind, hat die Gesellschaft sich günstig eingedeckt. Außerdem hat sie hierin einen ansehnlichen Vorrat. Die am 1. August d. J. behördlicherseits bewilligte Bierpreiserhöhung ist nicht genügend, um die vermehrten Ausgaben auszugleichen. — Die Gesellschaft erzielte an **Bier** einen Erlös von 4 426 721 ℳ (i. V. 3 209 469 ℳ), aus Trebern 55 701 ℳ (42 658 Mark), aus Zinsen und Mieten 146 036 ℳ (77 632 Mark). Demgegenüber erforderten: Malz- und Hopfenverbrauch 683 129 ℳ (564 976 ℳ), Fabrikationskosten 364 473 ℳ (290 962 ℳ), Malzaufschlag und Biersteuer 519 365 ℳ (206 652 ℳ), Personalkosten 1 077 052 ℳ (611 417 ℳ), Fourage 180 645 ℳ (121 421 ℳ) und sonstige Unkosten (1 039 244 ℳ (724 625 ℳ). Nach Verwendung von 261 963 ℳ (300 896 ℳ) zu Abschreibungen verbleibt zuzüglich 19 103 ℳ (17 598 ℳ) Gewinnvortrag ein **Reingewinn** von 521 689 ℳ (526 407 Mark), der wie folgt verwendet werden soll: 9 % Dividende = 468 000 ℳ (wie i. V.), Tantieme 28 842 Mark (28 904 ℳ). Talonsteuerreserve 10 400 ℳ (wie i. V.), Vortrag auf neue Rechnung 14 447 ℳ (19 103 ℳ). In der **Bilanz** hat sich das Immobilien-Konto B infolge der erwähnten Veränderungen auf 4 160 380 Mark (i. V. 5 494 900 ℳ) ermäßigt. Das Immobilien-Konto A steht mit 4 486 670 ℳ (4 817 233 ℳ) zu Buch. Ferner betragen: Vorräte 300 425 ℳ (356 471 Mark), Effekten 645 750 ℳ (732 705 ℳ), Interims-Konto (Aktiv) 179 332 Mark (160 221 Mark), laufende Außenstände usw. 738 167 ℳ (460 837 ℳ), Bankguthaben und Reichsschatzanweisungen 957 171 Mark (611 081 ℳ), Hypothek-Debitoren 3 244 565 ℳ (3 167 282 ℳ), Kaufschillingsreste 212 600 ℳ (94 400 ℳ), und andererseits Guthaben der Kundschaft 863 213 ℳ (1 023 138 ℳ), Einlagen des Personals und der Kundschaft 563 676 ℳ (481 374 ℳ), sonstige Kreditoren 197 465 ℳ (153 232 ℳ) und Interimskonto (Passiv) 47 166 ℳ (52 489 ℳ).

— **Aktiengesellschaft Paulanerbräu Salvatorbrauerei in München.** Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1918/19 ergab nach Abschreibungen von 166 231 ℳ (i. V. 202 582 ℳ) einschließlich 755 805 ℳ (818 444 ℳ) Vortrag einen Reingewinn von 344 723 (1 477 223 ℳ), aus dem nach Rücklagen von 31 807 ℳ (307 418 ℳ) die Verteilung einer **Dividende** von **7** % (12 %) vorgeschlagen wird. Auf neue Rechnung sollen 594 563 ℳ vorgetragen werden.

— **Andreas-Brauerei A.-G. in Haspe i. W.** Dem Bericht des Vorstandes für 1918/19 zufolge hatte das Braugewerbe auch im verflossenen Jahre mit großen Schwierigkeiten, wie z. B. Beschaffung von Rohmaterialien, Erhöhung der Gehälter und Löhne, durch zu leichte Biere hervorgerufene Absatzverminderug usw. zu leiden. Daß dennoch nach mehreren Jahren zum **ersten** Male wieder die Ausschüttung einer Dividende in Frage kommen kann, ist lediglich auf die durch die Verschmelzung der verschiedenen Betriebe erzielten Ersparnisse zurückzuführen. Es gelang, von den sieben Wirtschaftsanwesen **sechs zu verkaufen**, was in Anbetracht der hohen immer wiederkehrenden Reparaturkosten als zweckdienlich erschien. Wegen Stillegung des **Gevelsberger** Betriebes wurden die noch darauf ruhenden Obligationen von 195 000 ℳ zurückbezahlt und anstatt dessen eine Sparkassenhypothek in Höhe von 70 000 ℳ aufgenommen. Auf **Brauereikonto** wurden 459 214 ℳ (i. V. 159 475 ℳ) vereinnahmt, demgegenüber beanspruchten Generalunkosten 266 909 ℳ (129 729 ℳ). Nach Abschreibungen von 81 708 ℳ (59 302 ℳ) verbleibt ein **Reingewinn** von 142 934 ℳ (22 588 ℳ), dessen Verwendung wie folgt vorgeschlagen wird: wie bereits gemeldet 6 % Dividende = 108 000 ℳ (i. V. 0 %), ferner Ueberweisung an den Reservefonds 12 000 ℳ (—), für Talonsteuer 3700 ℳ (—), Vortrag auf neue Rechnung 19 234 ℳ (17 588 ℳ). Die **Bilanz** weist aus: Vorräte mit 283 599 ℳ (203 867 ℳ), Bankguthaben mit 231 947 ℳ (61 549 Mark), Darlehnsforderungen mit 854 864 ℳ (843 244 Mark), Debitoren und Kontingente mit 562 649 ℳ (512 337 ℳ), denen an Kreditoren 517 383 ℳ (424 006 ℳ) gegenüberstehen. Die **Aussichten** für das neue Geschäftsjahr sind aus den allgemein bekannten Gründen als nicht sehr günstig anzusehen, zumal eine Gerstenzuweisung von wiederum nur 5 % in Aussicht steht.

— **Jubiläum.** Herr **Conrad Soffner**, stellvertretender Direktor der Deutschen Bank, begeht heute das Jubiläum seiner vierzigjährigen Tätigkeit bei dem genannten Institut.

— **Wagengestellung für Kohle, Koks und Briketts** am 25. November 1919.

	Ruhrrevier	Oberschles. Revier
	Anzahl der Wagen	
Gestellt . . .	16 480	8 221
Nicht gestellt .	—	36

Telegramme.

London, 26. November. **(Priv.-Tel.)** Wie verlautet, erwarben **Lever Brothers** die Kontrolle über die **Maypole Dairy Co.**

Fremde Börsen.

Frankfurt a. M., 27. November. **(Priv.-Tel.)** Die Börse war **ruhig, aber behauptet.** In Valutawerten fanden weitere starke Steigerungen statt, während die heimischen Werte vernachlässigt waren. Montanwerte wenig verändert, Schiffahrtsaktien leicht rückgängig, chemische Papiere teilweise niedriger. Elektroaktien schwächer, Deutsch-Uebersee erholt 550. Von Autoaktien Benz gebessert, desgl. von Bahnen Lombarden. Kriegsanleihe unverändert 77½. Aeltere deutsche Anleihen, ebenso Pfandbriefe und Stadtanleihen behauptet. Canada unter Schwankungen stark steigend, 1005—1125, also etwa 130 % höher als gestern, später 1125—1115. Ohio 331, Missouri-Zertifikate 318, Schantung 500. Kolonialwerte fest, namentlich Kolmanskoop, die auf 255 stiegen. Petroleumaktien behauptet.

Der Verkehr an der heutigen **Abendbörse** gestaltete sich **ruhig**. Canada gingen wieder auf 1101 zurück. Für Ohio wurde der Kurs 328 genannt. Missouri fest, 314. Deutsche Petroleum wurden ebenfalls höher bezahlt, 451—454. Schantung bewegten sich auf dem Nachmittagsschlußkurs mit 301. Elektro Deutsch-Uebersee fanden bei reger Nachfrage eine weitere Kursbesserung von 11 %, 578. Oberbedarf konnten ihren Kursstand um 12 % bessern, 104. Höher wurden: Rheinstahl bei 179, Karo bei 169¾, Gelsenkirchen bei 278, während Phönix mit 288 niedriger lagen. Badische Anilin mit 485 und Farbwerke Höchst mit 366 % gebessert. Theodor Goldschmidt wurden gegen ihre letzte Notiz mit 311 = 18 % niedriger. Anglo-Guano 220, Badische Uhren 204, Zement Heidelberg 170, Bergmannwerke 173¾, Otavi-Minen 375, Genußscheine 320, Kriegsanleihe 77½.

Leipzig, 27. November. **(Priv.-Tel.)** Die Börse tendierte wieder **matt**. Bei mäßigem Geschäft überwogen die Kurseinbußen. Es verloren u. a. Hartmann Chemnitz 2 %, Schönherr Chemnitz 7 %, Leipziger Kammgarn 2 %, Stöhr & Co. 2 %, Hallesche Zucker 2 %, Färberei Glauchau 13¾ % (auf Grund des Dementis über höhere Dividende), Hupfeld 2 %, Piano Zimmermann 2 %, Hugo Schneider 4¾ % und Deutscher Eisenhandel 7 %. Kursavancen hatten nur wenige Werte zu verzeichnen, so Zimmermann Halle 3¼ %, Leipziger Wolle 2 %, Tittel & Krüger 2 % und Rositzer Zucker 3 %. Festverzinsliche Papiere lagen nicht einheitlich. Für sächsische Rente und Leipziger Stadtanleihe wurde etwas mehr angelegt. Auch Pfandbriefe zogen leicht an, dagegen bröckelten Reichsanleihe und Kriegsanleihe ab.

Zürich, 27. November. **(Priv.-Tel.)** Amtliche Notierungen der Devisen-Zentrale.

	26.	27.
Berlin	13,75	12,00
Wien	4,10	3,80
Prag	11,10	10,90
Holland	209,00	207,50
New-York	519,00	547,00
London	22,30	22,23
Paris	57,00	56,50
Italien	45,00	44,75
Brüssel	60,00	59,00
Kopenhagen	112,00	111,00
Stockholm	125,00	124,00
Kristiania	122,00	119,50
Petersburg	—	—
Madrid	108,00	108,00
Buenos Aires	223,00	233,00

London, 26. November. **(Priv.-Tel.)** Die Börse verlief im allgemeinen **lustlos**, gegen Schluß wurde die Stimmung jedoch fester. Gummianteile lagen schwach trotz weiterer Steigerung des Gummipreises. Oelwerte eröffneten flau, erholten sich vorübergehend und schlossen schwach.

Geld flüssiger, 4¼ bzw. 4¾ %. Diskontmarkt ruhiger 5¹³⁄₁₆ bzw. 5⅞ %.

New-York, 26. November. (W. T. B.)

	25.	26.
Geldsätze	6—7 %	6—7 %
Wechsel a. London 60 Tage Sicht	4,01	4,0075
do. do. Cable Transf.	4,06	4,0525
do. auf Paris auf Sicht	9,67	9,72
do. Berlin do.	2½	2⁷⁄₁₆
Silber in Barren	137½	135
Atchison, Topeka & Santa Fé	88	87
Baltimore & Ohio	37¼	36¼
Canadian Pacific	145	145
Chesapeake & Ohio	57⅞	56¾
Chicago, Milwaukee & St. Paul	41½	39⅞
Denver Rio Grande	8	8¼
Erie Railroad	14⅞	14¾
do. do. I. pref.	23½	22¾
Illinois Central	91¼	90½
Lehigh Valley	—	—
Louisville & Nashville	112	112¼
Missouri, Kansas & Texas	11¼	11⅛
Missouri Pacific	27	26
Nat. Railw. of Mexico 2nd. pref.	5¼	6½
New-York Central & Huds. Riv.	71¾	71½
New-York, Ontario & Western	18½	18⅛
Norfolk & Western	100¼	102¼
Pennsylvania	42¼	40
Reading	78	76¾
Southern Railway	24½	23½
do. do. pref.	60⅞	60⅝
Southern Pacific	97¼	95½
Union Pacific	128	125¾
do. do. pref.	—	—
Wabash pref.	27⅛	26⅛
Smelting Refining	65	63¼
International Mercantile	55½	58⅜
Anaconda Copper Mining	60⅜	51
United States Steel Corp.	104¾	104
do. do. pref.	113½	112¾